

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Kries, Vorklagen-Berlin
 Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserationspreis:
 die sechsgepaßene Kolonietzelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Arbeiterrisiko und Unternehmerpflichten.

In einer Betrachtung in Nr. 1 der „Brauerei-Arbeiter-Zeitung“ von 1908 über das Auf und Nieder in der wirtschaftlichen Prosperität haben wir die Ansicht vertreten, daß es im Interesse eines jeden Unternehmers selbst liegt, wenn es in Zeiten der Krise die Kaufkraft der breiten Massen dadurch zu erhalten bestrebt ist, daß es bei vermindertem Geschäftsgang seine Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit weiter beschäftigt, und nicht wegen der augenblicklichen Minderausgabe an Lohn bei der ersten Gelegenheit zu Entlassungen schreitet. Im letzteren Falle würden die davon betroffenen Arbeiter als Warenkäufer doch zum größten Teil ausgeschaltet und würden dadurch der Absatz und die Produktion wiederum ungünstig beeinflusst, was wiederum Arbeiterentlassungen nach sich zöge. Die Fürsorge der Arbeiterorganisationen durch ihre Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen erstreckt sich nur auf die Mitglieder, also immer nur auf eine begrenzte Zahl, und kann erklärlicherweise nicht so hoch sein, um die durch die anarchische Wirtschaftsordnung brotlos gewordenen Arbeiter in dem Maße kaufkräftig zu erhalten, wie sie es im Arbeitsverhältnis waren und im Interesse des allgemeinen Geschäftsganges gelegen wäre.

Das Unternehmertum kann es füglich auch nicht verlangen, daß die Arbeiter die Kosten einer verkehrten Wirtschaftspolitik auch in der Form voll tragen. Die Arbeiter haben also ein Recht dazu, von den Unternehmern die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Pflicht zu verlangen, von Arbeiterentlassungen in Krisenzeiten abzusehen, dieweil dies auch im eigenen Interesse der Unternehmer liegt. Um dieses zu ermöglichen, wurde gesagt, daß die Unternehmer für Zeiten schlechten Geschäftsganges, für Zeiten der Krise Vorprovision treffen und die Mittel bereit stellen müssen, um die Arbeiter über diese Zeit hinweg zu beschäftigen und die Krise zum Nutzen der Allgemeinheit um so eher zu überwinden. Dieses müßte geschehen bei der Gewinnbemessung am Jahres-schluß. Doch leider sei beispielsweise in den General-versammlungen der Aktiengesellschaften davon nichts zu merken. Wenn man sich in der Abmessung der Dividende einmal Beschränkungen auferlegt, dann nur zu dem Zweck, für die Dividende des nächsten Jahres vorzuprovisionieren, und wenn man die Reserven recht reichlich bedenkt, dann niemals in Rücksicht auf die Arbeiter und auf die zukünftigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Es sollte Miß werden, daß man nicht ausschließlich Dividendenpolitik treibt, sondern auch auf die Arbeiter im Wechsel der Prosperität Rücksicht nimmt.

Ähnliche Betrachtungen finden wir jetzt im Maiheft der „Konjunktur“ von 1912 in einem Artikel: „Unternehmerisiko — Arbeiterrisiko“, der nur zu etwas anderen Schlüssen kommt und die Auffassung vertritt, daß aus den besonderen Gewinnen der Unternehmung ein Teil dazu benutzt werden soll, die Arbeiter vor den Wechselfällen ihres Risikos zu schützen, allerdings nicht in der Weise, daß die einzelne Unternehmung für die bei ihr beschäftigten Arbeiter sorgt, sondern daß die Beiträge in einen allgemeinen Fonds fließen, aus dem die Verteilung an die von der Krise betroffenen Arbeiter erfolgt. Diese hier vorgeschlagene Form springt also schon auf das Gebiet der allgemeinen Arbeitslosenversicherung über, zu welcher die Unternehmer herangezogen werden sollen. Das Arbeitslosenversicherungsproblem gewinnt immer erhöhteres Interesse, zudem wird auch eine andere interessante volkswirtschaftliche Frage darin behandelt — das Risiko des Unternehmers und des Arbeiters —, so daß auch dieser Vorschlag und was überhaupt dort gesagt ist, interessieren wird:

Der sogenannte Unternehmer- oder Unternehmungsgewinn wird vielfach mit dem Risiko zu erklären gesucht, das der Unternehmer bei der Herabgabe seines Kapitals zu Produktionszwecken laufe. Dieses Risiko rechtfertige einen besonderen Gewinn. Auch in der theoretischen Literatur finden wir diese Auffassung mehr oder weniger. Schmoller spricht in seinem Grundriß der „Allgemeinen Volkswirtschafts-

lehre“ von dem lotterieartigen Charakter des ganzen Unternehmereinkommens und Conrad weist in seiner „Nationalökonomie“ auf die Uebernahme des Risikos hin, das der Unternehmer zu tragen habe. Jedenfalls lehrt uns die Wirklichkeit, daß ein solches Risiko vorhanden ist und daß deswegen der Unternehmer einen höheren Ertrag für seine Kapitalien verlangt, als wenn er es in sicheren Papieren anlegen würde. Das industriell werbende Kapital erzielt im Durchschnitt einen höheren Zins als z. B. Kapital, das in Staatsanleihen angelegt wird. Die moderne Industrie würde über den starken Zufluß von Kapitalien gar nicht verfügen, wenn sie dem Kapital nicht die höhere Verzinsung in Aussicht stellen würde. Wenn so im Durchschnitt eine über den landesüblichen Zinsfuß hinausgehende Vergütung erzielt wird, so schwanken bei den einzelnen Unternehmungen die Erträge sehr stark: wir haben Unternehmungen mit sehr hohen Gewinnen, daneben solche mit niedrigen und solche mit Verlusten — kurz, der Durchschnitt resultiert aus einer sehr erheblichen Verschiedenheit der Ergebnisse der einzelnen Unternehmungen. Der Unternehmungsgewinn ist eine Tatsache, deren Erklärung hier nicht gegeben werden soll. Hier soll nur der Anspruch beleuchtet werden, der aus dem besonderen Risiko des Kapitals abgeleitet wird. Es ist zuzugeben, daß das Risiko vorhanden ist, aber es ist falsch, zu glauben, daß dieses Risiko nur das Kapital zu tragen habe. Es ist vielmehr kaum zu bestreiten, daß das nämliche Risiko, und zwar in noch höherem Maße, auf den Arbeitern lastet, ohne daß man bis jetzt daraus Anspruch auf ein besonderes Einkommen der Arbeiter hergeleitet hätte. Es ist eben nicht richtig, anzunehmen, daß der moderne Arbeitgeber auch dauernder Brotgeber des Arbeiters ist.

Das Risiko des Arbeiters besteht darin, daß er jederzeit entlassen werden kann. In Jahren aufsteigender Konjunktur sind die Chancen, Beschäftigung zu erhalten und zu behalten, einigermaßen reichlich, aber doch nicht so, daß die Gefahr, arbeitslos zu werden und für längere Zeit zu bleiben, ausgeschlossen wäre. Geht die Konjunktur aber zurück, nimmt die Arbeitsgelegenheit ab, so kommen breite Arbeiterschichten zur Entlassung oder das andrängende Neuangebot am Arbeitsmarkte wird von der Industrie nicht aufgenommen: kurz und gut, der Arbeitsmarkt ist mit überschüssigem Angebot überfüllt und auch die beschäftigten Arbeiter stehen unter dem Druck des ungewöhnlichen Ueberangebotes. Das Risiko des lotterieartigen Charakters der Unternehmung wird in diesen Zeiten nur zu einem Teil vom Kapital, in weit höherem Grade aber von der Arbeiterschaft getragen. Dabei ergibt sich auch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Risiko des Kapitals und dem des Arbeiters. Der Besitzer des Kapitals, der auf Unternehmungsgewinn Anspruch macht, kommt bei der heutigen Entwicklung der kollektiven Unternehmungsgewinnform meist nur um sein Zinserträgnis, das sein Gesamteinkommen in der Regel nicht derart beeinträchtigt, daß die Existenz des Betreffenden in Frage gestellt würde. Ganz anders verhält es sich für den Arbeiter. Ihn trifft das Risiko in der Weise, daß er mittellos wird und ohne Subsistenzmittel besteht. Im Gesamteffekt ist der Verlust der Arbeiter aus ihrem Risiko während unglücklicher Jahre ganz bedeutend größer und sozial schädlicher als die Verluste des Kapitals. Wenn heute nicht nur die Organisationen der Arbeiter, sondern auch Gemeinden und Staaten daran gehen, die Arbeitslosenunterstützung zu organisieren, so entspringt das Bedürfnis hierzu aus der Erkenntnis des großen wirtschaftlichen und sozialen Schadens, der aus dem Arbeiterrisiko für die Allgemeinheit entsteht.

Frägt man nun aber, ob den Arbeitern aus dem Risiko außer den Verlusten auch ein entsprechender Risikonutzen erwachse, so wird man diese Frage verneinen müssen. Wenn auch in Zeiten aufsteigender Konjunktur die Arbeitsgelegenheit, die Lohnsätze und damit der Verdienst des Arbeiters wachsen, so entspricht dieses Anwachsen des Einkommens doch nicht dem Unternehmungsgewinn, sondern vielmehr dem Steigen der Leihgeldrate. Der Unternehmungsgewinn

steht — immer im Durchschnitt gesehen — zirka 1½ bis 2 Proz. über dem Durchschnitt. Der Diskontsatz aber ist je nach der Gestaltung der Konjunktur schwankend. Jedenfalls entspricht den Verlusten der Arbeiterschaft während einer Krise die Lohnsteigerung während der guten Jahre nicht entfernt: das Risiko gleicht sich durch Gewinn und Verlust nicht in dem Maße aus, wie es für den Unternehmungsgewinn nachzuweisen ist. Das liegt ja in der Natur der Verhältnisse und kann gar nicht anders sein. Aber es führt zu der Erörterung eines Problems, das heute schon aktuelles Interesse besitzt.

Wenn zugestanden wird, daß das Risiko des Arbeiters an dem lotterieartigen Charakter der Unternehmung mindestens ebenso groß ist, wenn nicht noch größer ist als das des Kapitals, wenn es weiter Tatsache ist, daß das Unternehmungskapital die Macht hat, sich für dieses Risiko einen besonderen Unternehmungsgewinn zurückzuführen, liegt es dann nicht nahe, daß die Arbeiterorganisationen darauf Bedacht nehmen, von diesem besonderen Gewinn, den man Unternehmungsgewinn nennt, einen Teil für das Risiko der Arbeiter zu beanspruchen, damit sie in Zeiten des gewerblichen Niedergangs der Arbeitslosen über Wasser halten können? Wenn die Unternehmung in guten Zeiten Ertragsgewinne, die weit über die landesübliche Verzinsung hinausgehen, abwirft, haben die Arbeiter nicht auch einen Anspruch auf einen Teil dieses Plus? Denn welcher besseren Anspruch hat der Kapitalist, der sein Geld in Industrieaktien anlegt?

Man wird einwenden, daß die heute um 1½ bis 2 Proz. durchschnittlich höhere Verzinsung keinen so erheblichen Unternehmungsgewinn darstelle, daß deswegen eine Ableitung eines Teils dieses Gewinnes auf den Arbeitsertrag diskutabel sei. Dieser Einwand wäre stichhaltig, wenn der Unternehmungsgewinn sich ausschließlich nur im Zinsgenusse vergegenwärtigte. Aber die Mobilisierung des industriellen Kapitals hat eine für den Anteil der Arbeiter verhängnisvolle Folge gehabt, die eine Gewinnmöglichkeit geschaffen hat, die nicht den Zins, sondern den Wert des Unternehmungskapitals ganz wesentlich erhöht. Wenn heute eine moderne Unternehmung — eine über den Durchschnitt hinausgehende Verzinsung verteilt, so sorgen die Normen des Geldmarktes dafür, daß das Unternehmungskapital in seinem Werte bis zu der Höhe steigt, die die Verzinsung bis auf das Durchschnittsniveau herabdrückt. Ist die durchschnittliche Verzinsung 6 Proz. und verteilt ein Unternehmen 12 Proz. Dividende, so wird die Aktie zu 1000 Mk. das Bestreben haben, im Werte bis zu 2000 Mk. zu steigen. Der Besitzer von solchen Aktien stößt seinen Aktienbesitz mit einem Aufschlag von 100 Proz. ab. Diese Art, das Unternehmungskapital zu vermehren, ist heute eine Form des Gewinnes, gegenüber dem der Gewinn aus höheren Zinsen fast verschwindet. Diese Gewinnerzielung ist im Börsenverkehr organisiert und wird so geschäftsmäßig betrieben, daß sie oft das einzige Ziel beim Erwerb von Aktien ist. Durch diese Art der Wertsteigerung wird der Unternehmungsgewinn ganz beträchtlich gesteigert, während das Risiko des Arbeiters dabei eher noch wächst als sinkt. Ueber kurz oder lang muß dieser Preistreiberer, die volkswirtschaftlich ihre großen Schatten hat, systematisch entgegengewirkt werden.

Läßt man das Risiko der Arbeiter vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus gelten, glaubt man, daß dieses Risiko aus dem lotterieartigen Charakter der Unternehmung resultiere, so dürfte auch das Verlangen nicht von der Hand zu weisen sein, daß aus den besonderen Gewinnen der Unternehmung ein Teil dazu benutzt werden soll, die Arbeiter vor den Wechselfällen ihres Risikos zu schützen. Oder mit anderen Worten: Die Folgen einer ungünstigen gewerblichen Konjunktur für die Arbeiterschaft können und müssen bis zu einem Teil aus den besonderen Gewinnen der Unternehmung getragen werden. Wenn eine leistungsfähige Arbeitslosenunterstützung geschaffen werden soll, dann müssen die besonderen Gewinne der Unternehmung zu den Kosten herangezogen werden, aber nicht etwa in der Weise, daß die einzelne Unternehmung für die bei ihr beschäftigten Arbeiter sorgt, sondern in der Weise, daß die Beiträge in einen allgemeinen

Fonds fließen, aus dem die Verteilung an die von der Krise betroffenen Arbeiter erfolgt. Der hier entwickelte Gedanke mag zunächst befremdlich erscheinen und auch aus verschiedenen Gründen schwer durchführbar sein. So er ist vielleicht sogar vom Standpunkte der heutigen Arbeiterorganisationen abzulehnen. Aber er mußte im Hinblick auf die Herleitung des besondern Unternehmergewinnes aus dem Risiko des Kapitals einmal ausgesprochen werden. Wenn es das Risiko ist, das diesen Gewinn rechtfertigt, dann ist nicht einzusehen, warum dieser Uberschußgewinn nur dem einen am Risiko beteiligten Faktor, aber nicht dem anderen zufließen soll. Das Risiko der Arbeit an der Unternehmung ist nicht geringer, sondern bedeutend größer und verhängnisvoller als das Risiko des Kapitals. Wichtig ist nur, daß das Kapital zurzeit die Macht hat, für sein Risiko sich den besondern Gewinn anzulegen, während die Arbeit noch leer ausgehen muß.

Der zweite Streich.

Als 1910 der Streit der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen einen Umfang und eine Heftigkeit erreicht hatten, die nicht mehr zu überbieten war, da legte sich der Kölner Erzbischof, Kardinal Fischer, ins Zeug und ermahnte in einem Hirtenbrief die beiden Richtungen zur Einigkeit. Er fand damit bei den Führern der christlichen Gewerkschaften wenig Gegenliebe. Ein Friede sei nicht möglich, hieß es, solange die katholischen Fachabteilungen bestehen bleiben. Das war Anfang 1910. Und als im September desselben Jahres von Seiten des Herrn Erzberger Vorschläge laut wurden bezüglich der Einsetzung einer Einigungs-Kommission, da höhnte das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften über den unberufenen „Friedensapostel“ und lehnte die Einmischung von außen entschieden ab. Im November 1910 war Kardinal Fischer beim Papst in Rom und am 4. Dezember erließ er einen Hirtenbrief, worin er mitteilte, daß der Papst den beiden Richtungen innerhalb der katholischen Arbeiterbewegung „gleichmäßig neutral“ gegenüberstehe und daß es sein Wille sei, daß nunmehr endlich Friede zwischen den beiden Richtungen herrsche. Und zur Befestigung dieses Willens richtete am letzten Tage des Jahres 1911 der Papst an Kardinal Fischer ein Schreiben, worin er den deutschen Bischöfen, die kurz vorher in Fulda versammelt gewesen waren, für ihre Einmütigkeit in der Vertretung der katholischen Sache dankt. Dann heißt es:

„Wir freuen uns, daß Ihr bezüglich der sozialen Frage sorgsam darauf bedacht gewesen seid, daß die heftigen Gegensätze und Fehden unter den beiden Gattungen der Arbeiterverbände beseitigt werden und daß Ihr zu diesem Zweck für beide Verbände gemeinsame Satzungen aufgestellt habt, die zu befolgen sind, damit sie in den beiderseitigen Gebieten für den wahren Vorteil der Arbeitgeber und Arbeiter, zum Heile der Religion und des Staatswohls sich bemühen.“

Gegenüber diesem Nachtgebot aus Rom knieten die Führer und die Blätter der christlichen Gewerkschaften zusammen. Mehr Jahre lang hatten sie den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen, diese „Arbeiterfresser“, diese „Streitbrecher“, diese „gelben Organisationen“ geführt — und jetzt, nachdem Rom gesprochen hatte, gelobten sie Frieden. Sie, die all die Jahre so großes Wesen gemacht hatten über ihre „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin, sie ließen es sich gefallen, daß die deutschen Bischöfe den christlichen Gewerkschaften Anweisungen verpflichtender Art gaben, wie sie ihr Verhältnis zu den katholischen Fachabteilungen und weiter auch zu den Arbeitgebern und zum staatlichen und wirtschaftlichen Leben einzurichten hatten. Die christlichen Führer sind damals der Klarheit und der Wahrheit wegen darum angegangen worden, etwas Näheres über diese „gemeinsamen Satzungen“ mitzuteilen. Aber dazu reichte der „christliche Befehlsmann“ dieser Leute nicht. Das christliche „Zentralblatt“ begnügte sich mit der Versicherung, daß jene Satzungen nicht die Grundsätze und die organisatorische und gewerkschaftliche Praxis der christlichen Gewerkschaften beeinflussten.

Herr Stegerwald, dem in solchen Fällen als Generalsekretär die Aufgabe zufällt, mit Tieffürnigkeiten über unbedeutende Dinge hinwegzureden, hat neben seinem Angehörigen auch noch außergewöhnliches Beding inforn, als eine von guten „Freunden“ bereite Indiskretion seine Schwärze ans Tageslicht zu bringen pflegt. So war es mit seinem Brief an den Verleger Badem von der „Rheinischen Volkszeitung“, worin er über Bischof Vorum loszog und sich als den Vertreter der „schlauerer opportunistischen Richtung“ im Zentrum aufspielte. So ist es jetzt mit den von ihm so ängstlich behüteten Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz vom Dezember 1910, die der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ von einem „herborragenden Mitglied des Augustinustereins“ (der bekannten Organisation der Zentrums-Presse) mitgeteilt werden. Diese Beschlüsse lauten:

1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen sollen,

ist die Forderung zu stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteil des kirchlichen Hirtenamtes unvereinbar ist.

2. Es muß gefordert werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebiets beschränken.

3. Es wird als notwendig erkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.

4. Von den katholischen Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten.

5. Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspreche, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verfeuern und in Kontroversfragen eine jede verletzende und verbitternde Behandlung zu vermeiden.

Das sind die „gewissen gemeinsamen Satzungen“, von denen der Papst in seinem Schreiben an Kardinal Fischer spricht. Nach Herrn Stegerwald beeinflussen sie die Grundsätze und die organisatorische und gewerkschaftliche Praxis der christlichen Gewerkschaften nicht. Der Mann versucht, seine Leute und die Öffentlichkeit zu täuschen. Denn es ist für jeden, der lesen kann und das Gelesene nicht absichtlich mißverstehen will, kein Zweifel, daß durch diese Beschlüsse die christlichen Gewerkschaften sich samt ihren Grundsätzen und ihren praktischen Bestrebungen mit Haut und Haaren der Kirche verschrieben haben. Jeder Satz, und zwar der eine noch schärfer als der andere, enthält die Erklärung: Was die christlichen Gewerkschaften auch tun, sie unterstehen in allem der Vormundschaft der Kirche. Diese Tatsache läßt sich nach dem Bekanntwerden der Fuldaer Beschlüsse schlechterdings nicht mehr abläugnen, auch wenn es versucht wird, von viel geschickteren Leuten, als es Herr Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, ist.

Die Zentrums-Presse, soweit sie sachlich zu der Angelegenheit Stellung nimmt, spielt den Harmlosen und findet, daß die Fuldaer Beschlüsse nur Selbstverständliches enthalten. So schreibt das Hochmurer Zentrumsblatt, die „Westdeutsche Volkszeitung“, daß in den von den deutschen Bischöfen vorgetragenen Grundsätzen nichts enthalten sei, was nicht längst im katholischen Deutschland und auch bei den Freunden der christlichen Gewerkschaften Gegenstand allgemeiner Anerkennung sei. Die „Trenonia“, das Dortmund-Zentrumsblatt, meint, es sei doch selbstverständlich, daß die Kirche wünschen müsse, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ihre Maßnahmen trafen in Übereinstimmung mit den katholischen Grundsätzen; das wünsche und verlange die Kirche für alle ihre Mitglieder in allen Lebenslagen, und wenn sie das nicht täte, würde sie ihre Pflicht vermissen. Die christlichen Gewerkschaften hätten aber auch niemals etwas unternommen, das der christlichen Weltanschauung widerspreche; sie hätten im Gegenteil wiederholt von kirchlicher Seite die wärmste Empfehlung auf den Weg erhalten.

Vom letzten Satz ist das Gegenteil richtiger. Die christlichen Gewerkschaften sind bis in die jüngste Zeit der auf ihre Autorität haltenden Kirche ein Greuel gewesen. Weshalb denn sonst das Fuldaer Pastorale vom Jahre 1900; weshalb denn der Kampf der von Papst und Bischöfen begünstigten katholischen Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften; weshalb denn das Gelaufe und Gewinfele der christlichen Gewerkschaftsführer bei Papst und Bischöfen und Geistlichen, um Schonung für sich zu erbitten und den Horn der hohen und höchsten Meise zu besänftigen. Jetzt erst, wo die christlichen Gewerkschaften sich vollständig der Kirche in aller Form untergeordnet haben, jetzt dürfen sie auf Duldung rechnen. Womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß die Ansprüche der Kirche befriedigt sind. Der Gewähsmann der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ weiß nämlich zu berichten, daß gegenwärtig zwischen Rom, Breslau und Köln Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Wir können es dahingestellt sein lassen, ob diese Mitteilungen zutreffen, und können es auch in Ruhe abwarten, wie eine solche „endgültige

Regelung“ ausfällt. Uns genügt das, was durch die Tatsachen erwiesen ist, daß die christlichen Gewerkschaften das mehr- und willenlose Werkzeug der römischen Meise sind. Was weiter kommt, kann höchstens diese Erfahrung bestätigen; ändern kann es nichts mehr daran. (A. E. im „Correspondenzblatt“.)

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise.

I.

Primitive Lebensführung bis zur Hauswirtschaft.

Ueber die wirtschaftlichen Zustände in der Urzeit des Menschengeschlechts wissen wir nur wenig. Schriftliche Daten haben sich nicht erhalten, einfach deshalb, weil die Schrift noch nicht erfunden war, und mündliche Ueberlieferungen besitzen wir ebenfalls nicht. Es bleibt uns also nichts weiter übrig, als uns im Hinblick auf die Lebensweise der jetzt noch auf ganz primitiver Kulturstufe existierenden Naturvölker ein Bild des Lebens unserer Vorfahren zu konstruieren. Dies ist dann auch häufig genug geschehen, und wie nicht anders zu erwarten, sind da die widersprechendsten Schilderungen herausgekommen. Ein beliebtes Vorbild zur Rekonstruktion menschlichen Lebens in der Vergangenheit war kurzweg — vorzeitlichen kulturlosen Zeiten — die Abenteuerroman Robinson. Alle kennen ja seine Schicksale, wie er beim Untergang seines Schiffes auf ein menschenleeres Eiland verschlagen wird. Bloß aller gewohnten Hilfsmittel, muß er sich aus eigenem wieder ein menschliches Dasein zurechtzimmern. Aber zwischen diesem Robinson und den Menschen der Vorzeit bestand doch ein sehr wesentlicher Unterschied. Robinson war bereits ein hochentwickelter Kulturmensch, als ihn sein böses Geschick traf, das ihn auf lange Zeit von jeder menschlichen Gesellschaft ausschloß. Er kannte alle die Geräte und Werkzeuge, deren sich die Menschen seiner Zeit bedienten, bereits aus eigener Anschauung, während diese dem Urzeitler mangelte. Robinson war sozusagen in der Lage eines ausübenden Künstlers, sagen wir Musikers, der die Komposition eines Meisters nur nachschaffend zu Gehör bringt, während dem vorzeitlichen Menschen auch erst die Idee zu allem, was er schuf, kommen mußte. Das Beispiel Robinsons ist daher für unsere Zwecke nur sehr bedingt brauchbar. Wir müssen tiefer graben und die tatsächlichen Vorbedingungen festzustellen suchen, unter denen der Mensch der Vorzeit lebte und nach welchen er's trieb. Das Bild, welches wir entwerfen, kann also nur hypothetisch sein. Aber das schadet schließlich auch nichts, wenn es sich nur nicht zu tief im Nebel der Spekulation verirrt. Wir müssen es mit Goethe halten: „Ein Kerl, der spekuliert, ist wie ein Tier auf dürrer Heide, von einem bösen Geist im Kreise herumgeführt, und ringsumher ist schöne, grüne Weide.“ (Faust.)

Das Leben des vorzeitlichen Menschen, wie es sich wahrscheinlich abrollte, hat wohl am natürlichsten R. Bücher geschildert, dem wir denn auch folgen wollen. Er geht von der Voraussetzung aus, daß es eine Zeit gegeben, in welcher der Mensch im Daseinskampfe keine anderen Hilfsmittel besaßen habe als wie das Tier. Man kann wohl annehmen, daß die Menschen ungeheure Zeiträume hindurch lebten, ohne eigentlich zu arbeiten. Noch heute gibt es ja Erdstriche, die dem Menschen ohne Aufwand besonderer Mühe, außer der des Einsammelns, alles bieten, was ihm zur Fristung des Lebens vonnöten. Kokos-, Dattelpalmen, Fruchtbäume aller Art, Brodbaume, Pfirsich usw. tragen genug zur Lebensbeizung. Diese Gebiete des Wachstums kann man wohl als die eigentliche Urheimat des Menschen betrachten, von der aus er mit seiner fortschreitenden Kulturentwicklung sich die Welt untertänig machte. Nach Beobachtungen, die an jetzt noch lebenden, sehr tief stehenden Völkern, wie den australischen Eingeborenen, gemacht wurden, bei denen fast jedes Individuum sein eigenes Leben für sich verbringt, kann man wohl vermuten, daß auch der Vorzeitler sich wenig um seine Mitmenschen kümmerte, sich mit ihnen nicht zu größeren Verbänden zusammen tat. Jeder schweifte für sich umher, verzehrte, was er an Erbbarem fand, wozu auch Würmer, Insekten, das Fleisch gefallener oder vielleicht erjagter Tiere gehörte. Eine gemeinsame Haushaltung mit anderen, mit Frau und Kind, gab es nicht. Bücher nennt daher diese Stufe menschlichen Daseins die Stufe der individuellen Nahrungssuche.

Aber bekanntlich steht die Entwicklung nicht still. Mit der fortschreitenden Vermehrung und Aufwärtsentwicklung der Menschheit genügten die freiwillig dargebrachten Naturprodukte nicht mehr. Auch wurde der Mensch anspruchsvoller. Er machte die Bekanntheit des Feuers und seiner Mächte, erlernte die Kunst der Waffenherstellung, erfand den Bogen und Speer, die Art, das Messer usw. Er fing Tiere ein und zähmte sie zu seinem Gebrauch, und er kam wohl schließlich dahinter, daß es vorteilhafter sei, wenn er sich mit anderen zu gemeinsamem Zwecke zusammenschloß. Und erst in dem Augenblick, als ihm diese Erkenntnis aufging, wurde aus einem „Wilden“ ein „wirtschaftender“ Mensch. Er streifte die Sorglosigkeit ab, mit der er sich heute nicht um morgen kümmerte, so seine Hilfsmittel zu Rate und suchte Vorteile zu

erringen, wo sie sich ihm boten. Ihm ging allmählich empirisch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auf, den die Volkswirtschaft als das ökonomische Prinzip bezeichnet und der sich in dem Bestreben des Menschen äußert, mit möglichst kleinen Mitteln möglichst viel zu erreichen. In diesem Augenblick erst ward der Mensch geboren, der sich wesentlich vom Tiere unterscheidet. Dieses verbringt sein Leben damit, zu fressen, sich fortzuzüchten und zu sterben oder auch selbst gefressen zu werden. Anders war bis nun das Leben des Menschen auch nicht verlaufen. Selbst zur Annahme des Kannibalismus muß man ohne weiteres neigen, wenn wir erwägen, daß noch heute bei manchen Naturvölkern der Menschenfraß geübt wird. Nachdem dem Menschen aber das ökonomische Prinzip aufgegangen war, fing er an zu denken und damit war die endgültige Abstreifung des tierischen Lebens vollzogen. „... Der Mensch schätzt die Größe der Unlust ab, welche aus der Nichtbefriedigung eines von ihm empfundenen Bedürfnisses entspringen würde; er schätzt die Unlust der Arbeit, welche die Anschaffung des dafür nötigen Gutes ihm verursachen kann; er vergleicht beide Unlustempfindungen und wählt von beiden die kleinere, d. h., er entschließt sich nur dann zur Bornahme der Arbeit, wenn das sie begleitende Opfer geringer ist als das Opfer des Unbefriedigtleibens.“ (R. Bücher: „Die Entstehung der Volkswirtschaft“.) Nimmt der Mensch dann wirklich die Arbeit vor, so wird er sie sich möglichst leicht zu gestalten suchen, muß also auch hierbei wieder schätzen und urteilen. Wirtschaften ist also nur dem Menschen eigentümlich, da es aus einer Reihe von Denkprozessen entspringt, die dem Tiere unzugänglich sind. „... Die wirtschaftliche Natur ist ... etwas ... vom Wesen des Menschen Unzertrennliches.“ (Bücher.)

Die weitere Entwicklung des Menschen mag sich dann so abgespielt haben, daß er zuerst als Nomade mit Herden zahmen Viehes umherzog und immer weiter zog, wenn das einmal in Weide genommene Gebiet abgegrast war. Die Erde dehnte sich ja so unermesslich weit. Aber dann kam allmählich die Zeit, in welcher der Mensch anfang, sich von den Zufälligkeiten des Nomadenlebens frei zu machen. Er siedelte sich auf einem bestimmten Flecken an und erwarb seine Nahrung durch Jagd, Fischfang und Ackerbau. Und nun erst begann der Mensch ein wirklich wirtschaftliches, haushalterisches Leben. Er mußte, an der Scholle klebend, mit dem, was er zufällig besaß, haushalten.

Es hub damit eine neue Epoche in der Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung des Menschen an. Wann dies geschah, wissen wir nicht, und ist ja auch ziemlich belanglos. Daß sie nicht mit einem Schlage einsetzte, ist wohl selbstverständlich. Noch in der geschichtlichen Zeit hat es große Völkerschaften gegeben, die ein Nomadenleben führten, wie heute noch die Australier, Lapppen, Finnen, Eskimos usw. Wir erinnern besonders an die Zeit der sogenannten Völkerwanderung vor etwa 2000 Jahren. Damals wurde Europa von solchen umherstreifenden Völkerschaften überflutet und lange unterjocht, die aus den weiten Ebenen Asiens kamen. Die Namen der Hunnen, Wenden usw. sind ja bekannt. Aber diese verfolgten doch schon andere Zwecke, als wie die Hirtennomaden der grauen Urzeit. Sie wollten nicht Weidplätze suchen für ihr Vieh, sondern hielten nach den Schätzen anderer Völkerschaften Umschau, suchten sich diese tributpflichtig zu machen. Wenn man will, kann man ihr Vorgehen schon in gewissem Sinne als kapitalistische Betätigung bezeichnen. Doch dies nur nebenbei.

Um diese Zeit tat, wie schon gesagt, der Mensch einen weiteren Schritt zu seiner Kulturförderung: er ging zur Hauswirtschaft über. In dieser Bezeichnung liegt auch schon die Charakteristik derselben. Es soll damit gesagt werden, daß sich, unabhängig von der Außenwelt, der ganze Kreislauf des Wirtschaftslebens, Erzeugung, Verteilung, Verbrauch, innerhalb einer genau abgegrenzten Gruppe von Menschen vollzog: in dem Haushalte der Familie. Nur was die Familie gebrauchte, wurde produziert, nichts weiter. Und es wurde hergestellt nur in der Familie von Familienmitgliedern und auch nur von diesen wieder verbraucht. Produktaustausch verschiedener Familien untereinander gab es nicht, und erst im Laufe der weiteren Entwicklung bildete sich die Institution des Tausches heraus. Das kam daher, weil es keinen gemeinsamen Wertmesser gab und da hierbei natürlich die Gefahr vorhanden war, daß einer den anderen übervorteilte, war damit die Vorbedingung zu einer äußerst langen Periode der Vorherrschaft der Haus- oder, wie man sie auch nennt, der Einzelwirtschaft gegeben.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!

Die Arbeiterbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ueber zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das **Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeits-**

bedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesundheitlichen Schutz und anständige Behandlung herbeizuführen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind erfreulicher Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1 1/2 Millionen Familien umfassen, unausgesetzt bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstbeschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundsätzen moderner Volkswirtschaft, und in weiterer Entwicklung zur Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu erziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturkräfte zu erschließen und den Lebensinhalt des Arbeiters zu bereichern, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute Qualitätserzeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlichen Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurückweist, die nicht unter gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter ebensowohl Erzeuger als Käufer von Waren ist, so gebietet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumentenorganisation, für deren Erstarbung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisation richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswerter Nahrungs- und Genußmittel, Haushaltungs- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich regelten zurückstehen, und da ferner ganz besonders Nahrungs- und Genußmittel sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewußter Einfluß der organisierten Konsumenten zu erstreben.

Eine der ungesundesten und gemeinschädlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Ursache dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Uebelstände sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Kranken und Invaliden, gesundheitschädliche Wohn- und Arbeitsräume, Unreinlichkeiten, ungenügende Trennung der Arbeitserzeugnisse von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Uebertragung von Infektionskrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitserzeugnisse bietet keinen Ersatz für diese Nachteile. Sie erhöht im Gegenteil die Gefahr der Seuchenverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energig einschreiten. Da das zurzeit nicht der Fall ist, so müssen die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer sich gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftlich-tariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine dagegen müssen strenge Kontrolle beim Wareneinkauf halten und unnachlässig alle Waren zurückweisen, die in der Heimarbeit, in Schweißwerkstätten oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Je gewissenhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr werden sie eine Stütze gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen sein, und um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungsmethoden durch eine modern-wirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem ersuchen wir die gewerkschaftlich wie genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig feinerlei Heimarbeitserzeugnisse derjenigen Fabrikationszweige mehr zu kaufen, in denen durch genossenschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsartikel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse, dieses Bestreben nachhaltigst zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Zum Verbandstag.

„Wie ist die Zeitung doch so interessant“, möchte ich ausrufen, wenn ich die Polemiken der verschiedenen Kollegen lese, die überhaupt auf meine Ausführungen in Nr. 10 eingegangen sind. Der Gedanke ist neu, und deshalb ist es nicht verwunderlich, daß viele der Sache überhaupt keine gute Seite abgewinnen konnten. Der Gedanke ist ganz schön, aber — es kostet zuviel, sagen einige, dann sind ja auch die Arbeiterzeitungen und die Arbeiterbibliotheken: Kollege Abo-Hagen hält die Errichtung von Ferienheimen weit wichtiger als eine fachtechnische Beilage. Die Errichtung von Ferienheimen scheint mir doch noch ein Zukunftsideal zu sein, das auf Grundlage eines Verbandes wohl kaum zur Ausführung kommen kann. Schon aus dem Grunde, weil doch nur eine kleine Anzahl der Verbandsmitglieder Nutzen davon haben kann; die Mehrzahl kommt wegen zu großer Entfernung nicht in Frage. Aber von fachtechnischen Artikeln wird jeder einzelne Kollege Nutzen ziehen. Der Kollege Stauß-Galle wird wohl die Freundlichkeit haben und die Arbeiterbibliotheken bekanntgeben, die über Brauereien, Mühlen usw. fachtechnische Bücher in ihren Regalen stehen haben. Er wird da wohl recht lange suchen müssen. Und die Arbeiterzeitungen bringen über unsere Berufe gar nichts, wenn man nicht etwa die Abbinenzartikel als solche betrachtet will.

Ja, wenn unsere Verbandzeitung so ausgebaut würde, daß in jeder Zeitung ein fachtechnischer Artikel gebracht würde, könnte man ohne eine Beilage auskommen. Aber wie sah es denn bisher damit aus? Von 1909 bis 1911 finden wir gerade drei Artikel. Die man als fachtechnisch ansehen kann. Ich meine, das ist denn doch ein bißchen reichlich, wenig. Die Beilage kostet Geld — gewiß. Aber es darf doch nicht vergessen werden, daß, wenn unsere „Verbandszeitung“ verbessert und ausgebaut werden soll, dies doch auch Geld kosten wird. Auf die Dauer wird man ja ohnehin nicht mit einem Redakteur auskommen können. Daß unser Redakteur überhaupt noch Zeit übrig hat, fachtechnische Artikel zu schreiben, wird kein Kollege annehmen können, der eine Ahnung von der Zusammenstellung einer Zeitung hat.

Die Wünsche, die verschiedene Kollegen ausgesprochen haben, treffen also mit meinem zusammen, nur in bezug auf die Ausführung sind die Meinungen verschieden. Beide werden unter allen Umständen Geld kosten. Aber ist denn das Geld zum Fenster hinausgeworfen? Ich bin überzeugt, daß das Gegenteil der Fall sein wird. Eine fachtechnische Beilage wird eine viel größere Anziehungskraft auf die Kollegen ausüben als einzelne Artikel in der Zeitung. Schon aus dem Grunde, weil man sich die Beilage aufheben wird, um Vergessenes wieder bei Gelegenheit aufzufrischen. Was geschieht denn jetzt zumeist mit der „Verbandszeitung“? Machen wir uns doch nichts vor. Wer hebt sie denn auf, um Gelesenes noch einmal durchzulesen. Das wird auch kaum anders werden, wenn mehr fachtechnische Artikel als bisher darin stehen werden.

Vergessen darf auch nicht werden, daß eine solche Beilage die Agitation neu beleben wird und dadurch ein sicher sehr großer Nutzen für den Verband herauskommen wird. Haben doch die Holzarbeiter und die Maschinisten und Geizer auch ihre fachtechnische Beilage. Es kann gewiß nicht gejagt werden, daß diese Gewerkschaften eine solche Anziehungskraft nötiger hätten als unser Verband. Und warum war es denn so schwierig, unorganisierte Maschinisten und Geizer, die jahrzehntelang in uns zustehenden Betrieben arbeiten, für unseren Verband zu gewinnen? Doch nur deshalb, weil, wenn sie sich endlich gemüht hätten, sich zu organisieren, sie dem Verband beitreten, der ihnen in fachtechnischer Hinsicht Vorteile bietet. Solche Vorteile sollten wir nicht so ohne weiteres aus der Hand geben, vielmehr alles tun, was den Mitgliedern im Kampf um die Existenz Vorteile bringen kann. Hier ist ein Weg.

Wenn sich die Delegierten die Sache reiflich überlegen, werden sie auch zu dem Schluß kommen, daß etwas Neues noch lange nicht unter den Tisch zu fallen braucht, daß vielmehr eine fachtechnische Beilage für die Mitglieder und den Verband von gleichem Nutzen sein wird.

Eine Erhöhung der Beiträge wird dadurch auf keinen Fall eintreten; ich bin vielmehr der Ueberzeugung, daß das hineingesteckte Geld sich reichlich verzinsen wird, was von anderen Problemen kaum zu sagen sein wird.

Stiehler-Riel.

Bei einer Durchsicht der in Nr. 16 der „Verbandszeitung“ zusammengestellten Anträge zu unserem diesjährigen Verbandstage muß man ohne weiteres die Beobachtung machen, daß sich die Anträge der kleineren Zahlstellen in den meisten Fällen nicht mit denen der größeren decken, ja sich zum Teil diametral gegenüberstehen.

Wenn man nun, was ja nur recht und billig ist, voraussetzt, daß alle diese Zahlstellen bei Einbringung ihrer Anträge von dem Bestreben beseelt waren, damit nach besten Kräften zur weiteren Förderung unserer großen Sache beizutragen, so läßt sich die verschiedene Auffassung wohl lediglich aus den so grundverschiedenen Verhältnissen, unter denen die Kollegen der einzelnen Zahlstellen in unserem ausgedehnten Agitationsbereiche zu arbeiten und zu kämpfen haben, erklären.

Aus diesem Grunde ist es aber um so mehr notwendig, daß auf einem Verbandstage, der doch in der Hauptsache den Ausbau unserer Organisation zur Aufgabe hat, die Mitgliedschaften aller Gegenden vertreten wären; denn nur dann ist es möglich, die Organisation so zu verbolksständigen, daß allerorts mit Lust und Liebe und mißlich: auch mit Erfolg gearbeitet werden kann. Wie sieht es nun aber in diesem Punkte in unserem Verbandsverbande noch aus?

In der großen Hauptsache sind es doch nur große Zahlstellen, die wiederum auf dem Verbandstage vertreten sein werden, während die kleineren Zahlstellen, und damit gerade diejenigen Mitgliedschaften, von denen gewerblicher Entwicklung die Stärkung unseres Verbandes abhängt, ohne weiteres nicht in der Lage sind, ihre Ansichten dahin zur Geltung zu bringen, daß unsere Organisation in einem für sie günstigen Sinne ausgebaut wird.

Unsere Hauptverwaltung unterläßt es gewiß bei keiner Gelegenheit, für die Werbung neuer Mitglieder zu propagieren, sie möge aber doch auch bedenken, daß der Zustrom von neuen Kämpfern in der Hauptsache aus den

ähnlichen Gegenden erfolgen kann, also aus den Gegenden, in denen die kleineren Zahlstellen unter den unglücklichsten Schwierigkeiten mit der unermüdlichsten Aufopferung kämpfen.

Ich meine, da wäre es doch wohl unter allen Umständen aus Macht und Billigkeitsgründen notwendig, daß man endlich davon abgeht, diese Zahlstellen immer den großen Zahlstellen anzuzurechnen, sondern sie vor allem für sich allein zu Wahlkreisen zusammenzustellen und im übrigen auch den großen Zahlstellen, die ohnehin Vertretung genug haben, eventuell bei mehreren zu stellenden Delegierten einen zugunsten kleinerer Mitgliedschaften streicht.

Der diesjährige Verbandstag wird sich ja mit der Frage der Wahlkreiseinteilung, nach den diesbezüglichen Anträgen zu beschäftigen, erneut befassen, und so hoffe ich, daß diese Zeiten dazu beitragen mögen, daß dabei etwas zugunsten unserer kleinen Zahlstellen herauskommt.

Zum Schluß möchte ich den Delegierten von eventuell vertretenen kleinen Zahlstellen dringend empfehlen, sich nicht durch etwa in Aussicht gestellte Vertretung auf den zu schaffenden Gaufonferenzen abspenken zu lassen, sondern zu bedenken, daß Verbandsgesetze nicht auf Gaufonferenzen geschaffen werden, sondern eben nur auf den Verbandstagen, und wäre eine Vertretung auf den ersteren als Entschädigung für die Vertretung auf besserer Nichtvertretung auf den Verbandstagen nur als „weiße Salbe“ zu betrachten, und nehme ich nicht an, daß die betreffenden Delegierten so viel „christliches Auffassungsvermögen“ haben werden, ein derartiges Angebot zu akzeptieren.

R. H ö f e l, Gießen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Im bunten Reigen des wirtschaftlichen Lebens sehen wir die Gewerkschaften einen immer mehr steigenden Einfluß sich erringen. Sie stehen im Mittelpunkt in den Fragen der nationalen Produktion und der sozialen Gesetzgebung. Und soweit es sich um die Durchführung sozialpolitischer Gesetze handelt, ist man geradezu auf die Mithilfe unserer Arbeiterorganisationen angewiesen. Dieses kommt mit jedem Tage deutlicher zum Ausdruck und haben insbesondere die Gewerbeinspektoren auf diesem Gebiete reiche Erfahrungen gemacht. Die Berichte über das Jahr 1911 erkennen diese Hilfe der Gewerkschaften in anerkannter Weise an. Daß dieses den Scharfmachern nicht immer genehm ist, dürfte genügend bekannt sein. Sie können sich mit dem Gedanken von der Berechtigung der Existenz der Arbeiterorganisationen nicht abfinden und sehen Himmel und Hölle in Bewegung, um den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Das Bedauerliche dabei ist, daß die Regierung mehr den Einflüsterungen der Scharfmacher glaubt, als den objektiven Berichten ihrer Beamten.

Die Anerkennung unserer Gewerkschaften als Kulturfaktor bei der Regierung und im Bürgertum stößt auf ungeheure Schwierigkeiten, desto leichter aber die Bestrebungen, welche unsere Organisation durch allerlei gesetzliche und ungesetzliche Mittel bekämpfen. Auf diesem Gebiete haben sich in der letzten Zeit bedeutungsvolle Vorgänge abgespielt, die den deutschen Gewerkschaftenmitgliedern deutlich zeigen, wohin der Weg führt. Vor längerer Jahren wurden unsere Gewerkschaften resp. die Mitglieder derselben von den Agitatoren der Unternehmerorganisationen als Musterbeispiele angeführt in Bezug auf die Beitragsleistung. Diese Zeiten sind vorbei. So haben die Metallindustriellen beschlossen, ihren Beitrag zu versechsfachen. Bisher wurden pro hundert Arbeiter 5 Mk. bezahlt, jetzt sollen für jeden beschäftigten Arbeiter 30 Mk. abgeführt werden. Da eine große Reihe von Organisationen im Fall eines großen Kampfes in der Metallindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden, so verdienen diese Beschlüsse auch die Beachtung jedes Gewerkschaftlers. Auch schon der Umstand, daß derartige Beschlüsse auf die übrigen Unternehmerorganisationen anfeuernd wirken werden, kann nicht außer Betracht gelassen werden. Auch die übrigen Beschlüsse des Verbandes betreffend die Handhabung der Lohnkämpfe laufen alle auf eine Verschärfung der Gegensätze und nicht auf eine Basis der Verständigungspolitik hinaus. Dafür gibt man den nationalen, sich schon „bewährten“ Arbeiterverbänden, den gelben Organisationen, die größten kaum denkbaren Garantien. Schutz und wiederum Schutz dieser gelben Brut, diesen Arbeiterverrättern, das ist die Parole des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Jetzt weiß man zu berichten, daß der Hauptauschuss der selben an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände die Bitte gerichtet habe, seine Mitglieder nicht auszusperrten. Sofern aber diese Gesellschaft hoch aus Pflaster fliege, möge man diese in anderen Betrieben unterbringen, damit sie vor Not geschützt seien. Weiter kann die Geschichte kaum gehen und die Unternehmer haben auch selbstverständlich jede Verurteilung zugestimmt. Die Zentralstelle dieser Verbände will sich gegebenenfalls zur Vermittlung bereit halten. Die Zuhaltung dieser nationalen Arbeitervereine wird nun von den ersten Stellen der deutschen Unternehmerorganisationen stark gefördert, was Wunder, daß sich diese Sumpfbüchse lebensfähig erhalten. Das ganze Gebaren unserer Unternehmervereine läuft im Grunde darauf hinaus, mit den deutschen Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen. Rufen erfordert Gegenrufen. Die Verbandstage der Gewerkschaften in den letzten beiden Jahren haben fast durchweg sich mit der Finanzfrage beschäftigt. Auch die bereits in diesem Jahre stattgefundenen Tagungen betonten durchgängig die Einführung neuer Mittel zum Kampffonds. Die Einsicht, daß unsere Kämpfe nicht nur an Umfang, sondern auch an innerer Bedeutung zunehmen, ist Allgemeingut der deutschen Gewerkschaften geworden.

Der Verband der Dachdecker hielt seinen 11. Verbandstag in Nürnberg in der Woche vom 15. April ab. Im Vordergrund des Geschäftsberichtes steht die Beteiligung an dem großen Bauarbeiterkampf im Jahre 1910, an dem die Organisation in 17 Filialen beteiligt war. Bei diesem Kampfe haben die Dachdecker besonders günstig abgeschnitten, indem sie über den bekannten Dresdener Schiedsspruch hinaus noch Vorteile erzielten. Die Berichtsperiode zählt überhaupt zahlreiche Lohnbewegungen und ist zum-ist ein gutes Resultat für die Beteiligten erzielt worden.

Die Mitgliederzahl hat sich von 6191 auf 8482 gehoben, trotz der großen Fluktuation, über die lebhafte geklagt wird. Die Ausgaben für Unterhaltung haben sich verhältnismäßig stark gesteigert. So wurden für Streiks 108 732 Mk., für Reise- und Umgangsunterstützung 27 000 Mk. ausgegeben. Aus dem Geschäftsbericht ist noch die Urabstimmung über den Anschluß an den Bauarbeiterverband hervorzuheben. Der vorhergehende Verbandstag hatte sich prinzipiell für die Verschmelzung ausgesprochen und zwar mit erheblicher Majorität, nämlich mit 17 gegen 2 Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen. Nach diesem Resultat dürfte man allgemein den Anschluß erwarten. Die Urabstimmung lehnte aber mit über zwei Drittel Majorität eine Verschmelzung ab. Gewöhnlich macht man den Delegierten den Vorwurf der Engherzigkeit in solchen Fragen, hier war das Gegenteil der Fall. Als Grund für diese Ablehnung glaubt der Vorstand die überaus glatte Erledigung der Kämpfe und Lohnbewegungen anzugeben. Die Mitglieder seien von der Macht ihrer Organisation, solche Kämpfe aus eigener Kraft führen zu können, sehr eingenommen. In den Verhandlungen nahmen die Tarifverträge einen breiten Spielraum ein und waren zwei Referenten dazu bestimmt. Insbesondere wurde auch die gesetzliche Regelung dieser Materie behandelt. Bei Beratung über die Lohnbewegungen wurde dem Vorstand empfohlen, das Reglement scharfer zu handhaben. Gleichzeitig wurden die Beiträge erheblich erhöht, um dem Kampffonds neue Mittel zuzuführen. Ferner sei noch erwähnt, daß man der Einführung der Arbeitslosenunterstützung prinzipiell zustimmte, jedoch von einer sofortigen Einführung absah und den Vorstand mit der Ausarbeitung der nötigen Unterlagen betraute. Aus den sonstigen Verhandlungsgegenständen sei noch der Bauarbeiterkampf hervorgehoben.

Der Verband der Hausangestellten trat am 14. April im Berliner Gewerkschaftshause zu seinem ersten Verbandstage zusammen. Diese junge Organisation ist bekanntlich im Frühjahr 1909 ins Leben getreten und darf auf beachtenswerte Resultate zurückblicken. Im Jahresdurchschnitt zählte die Organisation im Jahre 1909 4710 Mitglieder und 1911 5474 Mitglieder. Die Fluktuation ist außerordentlich groß, wie es in diesem Berufe auch nicht anders zu erwarten ist. In den drei Jahren des Bestehens traten der Organisation 10 696 Mitglieder bei, die Steigerung beträgt aber nur 1300 Mitglieder. Bei der eigenartigen Lage dieser Organisation wurden von vornherein größere Zuschüsse seitens der Generalkommission garantiert und betragen dieselben in den drei Jahren 15 200 Mk. bei 24 462 Mk. an Beiträgen. Die Ausgaben für Krankenunterstützung stehen an erster Stelle und kamen hierfür 4975 Mk. in Betracht. Auf dem Gebiete des Rechtsschutzes leistet die Organisation auch sehr viel und hat schon manches Mitglied den Nutzen dieser Unterstützung genossen. Im weiteren erstreckt sich die Tätigkeit der Organisation auf eine Beeinflussung der Gesetzgebung im Interesse der Dienstboten und wurden in der beschlossenen Periode Petitionen zum Stellenvermittlergesetz und zur Reichsversicherungsordnung beschlossen. Die Abschaffung der Gefindeordnung und die Stellung dieser Arbeiterfamilien unter die Gewerbeordnung ist das erstrebenswerte Ziel der Verbandsleitung. Aus der Verhandlung ist hervorzuheben, daß die Monatsbeiträge von 40 auf 50 Pf. erhöht wurden, dagegen alle Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung und Einführung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt wurden. Eine Reihe Referate über Agitation, Fortbildung und Stellenvermittlung und dergl. gaben dem Verbandstage das Gepräge einer modernen Arbeiterorganisation.

Die Arbeitsvermittlung im Holzarbeiterverband ist wiederum Gegenstand neuer Differenzen. Der Schauplatz ist diesmal in Berlin. Die Arbeitsvermittler des Deutschen Holzarbeiterverbandes erschienen am 1. Mai nicht zur Vermittlung. Die Innung zog darauf ihre Vermittler auch zurück und erklärte den paritätischen Nachweis für aufgehoben. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts erklärte trotz Einspruchs, daß der Holzarbeiterverband nicht berechtigt sei, an einem beliebigen Tage seine Mitglieder zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen, was auch niemand bestritten hatte. Der 1. Mai galt aber bisher bei den Berliner Holzarbeitern als Feiertag, was auch seitens der Innungsvertreter zugegeben wurde. Der Nachweis ist wieder in Funktion getreten, jedoch gehen die Verhandlungen weiter.

Kleine Notizen. Die Schiffbauer von Bozenburg a. Elbe konnten nach kurzer Dauer einen erfolgreichen Kampf mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendigen. Der Bauarbeiterverband hat in der Provinz Brandenburg eine Reihe Lohnbewegungen mit beachtenswerten Ergebnissen durchgeführt. In Elstift streikten 140 Gasarbeiter. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch andere Gruppen städtischer Arbeiter sich diesem Kampfe anschließen werden. Im Deutschen Offizierverein, Werkstätte für die Angehörigen von Meer und Marine, streikten seit dem 22. April die Sattler. Der Zustand der Görlitzer Waggonarbeiter bessert sich unheimlich fort. Die Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiete haben nach langwierigen Verhandlungen einen annehmbaren Tarifvertrag abgeschlossen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bergarbeiterpreise und Kohlenproduktion, Ein- und Ausfuhr in Deutschland und England. - Spirituspreise.

Der umfassendere Streik der Ruhrbergleute begann am 11. März. Der Beschluß auf Aufhebung fiel am 18. März. Vorher und vor allem nachher wird man noch einige Zeit als Periode der Nichtvollbeschäftigung ansehen müssen; aber auch dann bleibt in Deutschland lediglich der März der kritische Monat. Wie zeigt sich nun davon die Statistik der Kohlenproduktion beeinflusst? Als Regel dürfen wir hierbei ansetzen, daß jeder Monat den gleichen Monat des Vorjahres bisher ganz beträchtlich überholte. Der Februar ergab beispielsweise in ganz Deutschland folgende Ausbeute: 1911 knapp 12,76 Millionen Tonnen, 1912 über 14,64 Millionen Tonnen. Januar und Februar zusammen verzeichneten: 1911 26,20 Millionen

Tonnen, 1912 29,21 Millionen Tonnen. Der Umschlag im März ist demgegenüber ganz unbefriedigend. Während im Vorjahre die Steinkohlengewinnung Deutschlands 14 010 071 Tonnen betragen hatte, sank sie diesmal auf 12 811 823 Tonnen; speziell in Preußen von 13 191 307 Tonnen auf 12 088 222 Tonnen. Die Kohlenweiterverarbeitung konnte zwar von Vorräten und Lieferungen zehren, ganz ohne Rücksicht blieb sie jedoch gleichfalls nicht. Die Kokereien produzierten im März des Vorjahres 2 148 817 Tonnen Koks, diesmal immerhin nur 2 130 905 (in Preußen 2 143 111 gegen 2 119 114 Tonnen). Preßkohlen wurden aus Steinkohlen hergestellt: im März 1911 422 726 Tonnen, 1912 nur 356 336 Tonnen.

Unerwartet liegt natürlich gar kein Grund vor, die Wirkung des vorübergehenden Produktionsausfalles zu überschätzen. Die zeitweise Minderausbeute wird, wie gewöhnlich, durch spätere Mehrproduktion ausgeglichen werden. Im vorliegenden Falle erst recht, weil die Einfuhr fremder Kohlen in keiner Weise zur Ausfüllung der Lücken herangezogen werden konnte. Vielmehr schrumpfte sie gleichfalls, infolge des englischen Streiks, ganz rapid zusammen; England wird auch kaum so rasch wieder voll lieferungsfähig sein, weil es zunächst seine gewaltig reduzierten heimischen Vorräte wieder auszufüllen haben wird. Im ganzen bezog Deutschland im März 1911 788 963 Tonnen fremde Steinkohlen, 1912 nur 497 457 Tonnen, aus Großbritannien 674 992 gegen nur 373 895 Tonnen. Selbst wenn im Januar und Februar, in Erwartung des englischen Streiks, eine stärkere Vorratsversorgung seitens der deutschen Verbraucher von englischen Kohlen eingetreten sein sollte, bliebe für das ganze erste Quartal noch immer eine Minderzufuhr, die kaum durch spätere englische, sondern vorwiegend durch deutsche Mehrlieferung ausgeglichen werden wird (Januar 1912 gegen 1911 englische Mehreinfuhr nach Deutschland 117 836 Tonnen, Februar 7477 Tonnen, Minderzufuhr März 301 097 Tonnen, für das ganze erste Quartal also Minderzufuhr von englischen Steinkohlen 175 784 Tonnen).

Ganz anders gestaltet sich natürlich das Bild in England selber. Hier umfaßte der Streik offiziell 37 Tage, die Beendigung erfolgte am 7. April, der ganze März gehört demnach dem Niesenstreik an. Abschließende zuverlässige Produktionsziffern liegen leider im Augenblick noch nicht vor. Dagegen ist die Ausfuhr Großbritanniens für den Streichmonat genau zu übersehen. Nach dem Colliery Guardian gestaltete sie sich, das Vorjahr zum Vergleich herangezogen, folgendermaßen:

	März 1911		März 1912	
	Menge in Tonns	Wert in Pfd. Sterling*)	Menge in Tonns	Wert in Pfd. Sterling*)
Anfuhren	166 987	110 805	119 586	91 915
Reflektische	3 928 828	1 104 644	2 280 192	763 784
Gastische	893 408	208 527	437 044	119 700
Gaushaltungstische	120 786	34 331	64 765	22 263
In ganzen (einschl. anderer Sorten)	5 358 708	1 596 918	3 026 344	1 040 733
Koks	81 798	55 083	62 145	42 019
Preßkohlen	140 882	63 149	97 202	49 240
Summe	5 680 868	1 655 145	3 185 691	1 131 992

Der Menge nach zeigte also die Ausfuhr ein Gerabstürzen um 70,3 Proz., dem Werte nach um 64,4 Proz. Der Gesamttauhandel Englands erhielt dadurch ein vollkommen verändertes Aussehen. Während sonst zuletzt jeder neue Monat einen Rekord brachte, stieg diesmal zwar, März 1912 mit März 1911 verglichen, die englische Gesamteinfuhr dem Werte nach um 4,5 Proz., die Wiederausfuhr (also im Zwischenhandel) sogar um 18,4 Proz., die Gesamtausfuhr fiel jedoch um 0,3 Proz. (um 149 941 Pfund Sterling, also rund 3 Millionen Mark), und nur die starke Mehrausfuhr hauptsächlich von Textilwaren und Chemikalien, auch von Eisen und Stahl, von Spirituosen bewirkte, daß das Defizit noch so glimpflich ausfiel.

Da die Spirituszentrale vor ein paar Tagen abermals ihre Preise erhöhte und die Branntweinfrage auch politisch wieder eine Bedeutung erlangt hat, dürfte eine Uebersicht über die Preisentwicklung in der laufenden Kampagne und ein Vergleich mit den Vorjahren am Platze sein. Bei Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes im September 1909 stellte sich der Preis für unbesteuerter Ware auf 46 Mk. pro Hektoliter; vor dem 15. August 1911 stand er auf 52,90 Mk., also bereits verhältnismäßig hoch, dann erhöhte man ihn am 15. August auf 58,50 Mark, am 18. Januar 1912 auf 61,50 Mk., am 19. März auf 69,50 Mk., endlich am 20. April auf 75,50 Mk.; das ist seit dem 15. August eine Steigerung um 22,60 Mk. oder um 42,7 Proz. Der Jahresdurchschnitt der Werterzeugung stellte sich in den letzten 12 Jahren nur ganz selten über 50 Mk. (1904/05 56 Mk., 1907/08 51,25 Mk.), mehrfach fiel er unter 40 Mk. (1900/01 39 Mk., 1901/02 sogar nur 31,70 Mk.). Außer durch diese Preissteigerung des unbesteuerten Produktes hat der Konsum seit der Reichsfinanzreform auch noch die höhere Steuer (125 statt 70 Mk.) zu tragen, so daß der Konsument wohl kaum auf einem anderen Gebiete eine solche Mehrbelastung binnen kürzester Zeit erfahren hat.

Berlin, 28. April 1912. Mag Schippel.

Zum Tarifabschluß mit den Mühlen in Gera und Umgegend.

Unter schwierigen Verhältnissen ist es in den Mühlenbetrieben von Gera und Umgegend zu einem Tarifverhältnis mit dem Verbands der Brauerei- und Mühlenarbeiter gekommen. Am 25. März wurden im Auftrage einer am 24. März stattgefundenen Mühlenarbeiterversammlung von seiten der Bezirksleitung Forderungen an die Unternehmer eingereicht und bis 5. April Antwort erbeten. Die Frist verstrich, aber eine Antwort ging von den Arbeitgebern nicht ein. Am 10. und 11. April fanden dann in allen in Frage kommenden Betrieben Einzelverhandlungen statt, das Resultat dieser Verhandlungen war gleich null, indem die Unternehmer versicherten, nur gemeinsam zu verhandeln und solle man sich an Herrn Oberländer wenden, welchem die Angelegenheit übertragen sei. Zwei mit diesem Herrn gepflogene Unterredungen führten zu keinem Resultat. Am 15. April ging ein nochmaliges Schreiben an die Arbeitgeber ab, in dem um Verhandlungen nach-

*) 1 Pfd. Sterling gleich 20,43 Mk.

gejucht wurde. Endlich am 17. April ging folgender Beschluß der Arbeitgeber an den Unterzeichneten ein:

In den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen, Bezirk VI, zu Händen des Herrn Oswin Brödnier, Bezirksleiter, Leipzig, Zeißer Straße 32.

Ich bin beauftragt, Ihnen den Beschluß der gestrigen Zusammenkunft der Arbeitgeber mitzuteilen; derselbe lautet:

Die versammelten Arbeitgeber der Zeißmühle, Cubamühle, Köstlicher Mühle, Ober- und Untermühle Münschendorf und Ungermühle in Gera erhöhen ab 1. Juli 1912 in Anbetracht der höheren Lebensmittelpreise die Löhne der derzeitigen in der Mühle beschäftigten Arbeiter nach Ermessen der Arbeitgeber um 2 Pf. pro Stunde bezw. 1 Mk. pro Woche.

Den über 5 Jahre im Betriebe beschäftigten Arbeitern wird ein jährlicher Urlaub von 6 Tagen, allen anderen nicht unter einem Jahr beschäftigten Arbeitern ein jährlicher Urlaub von drei Tagen bewilligt.

Hochachtungsvoll

Unterschrift.

Nachdem nochmals versucht worden war, eine Verständigung zu finden, hielten die Arbeitgeber eine nochmalige Sitzung ab, nach der sie uns folgende paar Zeilen übermittelten:

Die gestern abend versammelten Arbeitgeber der Mühlen von Gera und Umgegend beschloßen folgendes: Zu unserer Mitteilung vom 17. d. M. haben wir nichts mehr hinzuzufügen.

Hochachtungsvoll

Unterschrift.

Am 21. April nahm nun eine allgemeine Mühlenarbeiterversammlung zu dem Angebot der Unternehmer Stellung. In einer Resolution wurde das Angebot als eine Verhöhnung bezeichnet und der Bezirksleiter aufgefordert, neue Verhandlungen anzubahnen. Zuvor aber hatten die Arbeitgeber noch den Beschluß gefaßt, solidarisch zu handeln, und wenn es in einem Betriebe zum Streit kam, die übrigen Betriebe sich verpflichteten, auszusperrten. Dieser Beschluß wurde in allen Betrieben im Kontor einzelnen Kollegen, welche man zu diesem Zweck dahin hatte rufen lassen, vorgelesen, der Bezirksleitung aber davon nichts mitgeteilt. Die Bezirksleitung rief nun, da die Kollegen stündlich die Arbeit niederlegen wollten, die Vermittlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an, da die Betriebe ohne Ausnahme Lieferanten der Konsumvereine sind. Von dort aus wurde der Verbandssekretär Herr Kupprecht mit dieser Mission beauftragt, nachdem eine nochmalige Verhandlung mit einer Firma zu keinem Ergebnis geführt und die Arbeitgeber die Vermittlung des Herrn Generalsekretärs Kaufmann-Hamburg angerufen hatten. Endlich, am 29. April, fanden dann gemeinsame Verhandlungen statt, aber auch diese führten zu keinem Resultat und drohten zu scheitern, weil die Unternehmer ein Vertragsverhältnis mit der Organisation nicht eingehen wollten. Die Arbeiter hielten aber an dieser Forderung fest und so wurde von den Arbeitgebern in einer Abendsitzung der Beschluß gefaßt, einzelne Verträge mit der Organisation abzuschließen. Das Prinzip war nun erreicht und begannen die Einzelverhandlungen, die denn auch die gewünschte Verständigung brachten und am Sonnabend, den 4. Mai, durch Unterzeichnung der Verträge ihren Abschluß fanden.

Die organisierten Mühlenarbeiter von Gera und Umgegend haben bei dieser Bewegung gezeigt, daß sie Disziplin zu halten wissen. Vor allem ist dabei hervorzuheben, daß ohne Ausnahme alle organisiert waren und in allen Versprechungen und Versammlungen nur ein Gedanke zum Ausdruck kam: Abschluß eines Tarifvertrages. Vier Jahre hindurch ist nun der Friede in der Mühlenindustrie von Gera und Umgegend gesichert. Hoffen wir, daß auch in späterer Zeit die Mühlenarbeiter so geschlossen zusammenstehen, dann wird auch in Zukunft Günstiges dabei herauskommen.

Mit Abschluß dieses Vertrages sind die dortigen Kollegen mit an erste Stelle gerückt und könnte man nur wünschen, daß sich die Kollegen an anderen Orten daran ein Beispiel nehmen möchten. Oswin Brödnier.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

- Balingen, Adlerbrauerei.
- Bann, Brauereien.
- Halle, Aktienbrauerei.
- Jüdersdorf (Sachsen), Brauerei Fuchsrichter.
- Kaufberg, Brauereien.
- Nettlingen (Schwaben), Schloßbrauerei.
- Randstahl, Union-Brauerei.
- Wetzlar, Brauereien.
- Waltersdorf (Sachsen), Brauerei Reinbl.

Dierniederlagen, Seltersfabriken.

- Hamburg, Rammen- und Siphonbiergesellschaft.

Malzfabriken:

- Dresden-Kleinmachschwitz, Malzfabrik Raimund Hirt.
- Endwischhausen, Malzfabrik Schoeffler u. Co.
- Wangsdorf, Malzfabrik Süßbrand.

Mühlen:

- Homburg (Sachsen), Mühlenwerke.
- Neuk. Müller u. Söhne, Seltentormühle.
- Wiesbaden, Steinhmühle.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Bamberg. Aus einem freiherrlichen Betrieb. Rund 20 Kilometer in nordwestlicher Richtung von Bamberg entfernt liegt das Gut Rentweinsdorf mit Brauereibetrieb der Freiherrn von Rothenhahn. Wenn im allge-

meinen die freiherrlichen Brauereien in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wünschen übrig lassen, so trifft dieses ganz besonders in der Schloßbrauerei Rentweinsdorf zu. Es ist zwar eine alte Regel, daß je länger die Arbeitszeit, desto geringer der Lohn ist, aber wie hier noch die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, glaubt man noch ein Stück Mittelalter vor sich zu haben.

Beschäftigt sind in diesem Betriebe mit den Bierfahrern rund 18 Mann. Die Arbeitszeit beginnt für die Arbeiter im inneren Betrieb früh 5 Uhr und endet abends 7 Uhr mit 2 Stunden Pausen. Bei den Bierfahrern ist die Arbeitszeit vollständig unregelmäßig und ganz nach der Willkür der Betriebsleitung ausgebeutet.

Der Lohn für Brauer beträgt monatlich 45 Mk. ohne Kost. Nur der Bierfeder macht eine Ausnahme, der bekommt monatlich 50 Mk. und die Kost. Wenn man also den Lohn der Brauereiarbeiter von 45 Mk. monatlich umrechnet nach der täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden an Wochentagen und 3 Stunden an Sonntagen, also 75 Stunden pro Woche, dann ergibt sich, daß die dortigen Kollegen einen Barlohn von 14 1/2 Pf. pro Stunde erhalten.

Selbstverständlich weiß auch die freiherrliche Betriebsleitung, daß man mit einem solchen Lohn nicht einmal einen herrschaftlichen Hund übermäßig füttern kann und deshalb bekommen die verheirateten Kollegen bei entsprechendem Wohlverhalten alljährlich ein Schwein, und zu dem Schwein legt man den Arbeitern ein Stückchen Kartoffelland mit freiherrlichen Kartoffeln an, die im Herbst dann von den glücklichen Arbeitern oder deren Frauen geerntet werden können.

Trotz dieser weisen Fürsorge seitens der Rothenhahnschen Brauerei sind die im Betriebe beschäftigten Arbeiter mit ihren Familien mit den bestehenden Zuständen nichts weniger als zufrieden. In bewegten Worten klagten uns Familienangehörige, daß es so nicht mehr weitergehen könne.

Gilfsbereit, wie unsere Organisation immer ist, wollten wir den Arbeitern den Weg weisen, der zur Besserung ihrer miserablen Lage führt. Nachdem wir uns über die Lohn- und Arbeitsbedingungen genau orientiert hatten, erließen wir eine Einladung an alle Kollegen der Brauerei Rothenhahn in Rentweinsdorf zu einer Betriebsversammlung am 28. April.

Wie es nun bei solchen Einladungen öfter geht, erhielt auch Baron Freiherr von Rothenhahn von derselben Kenntnis. Ein Wirt hatte dieses weltbewegende Ereignis, daß in Rentweinsdorf eine Betriebsversammlung stattfinden soll, alleruntertänigst gemeldet.

Die Leute wurden gerufen, ermahnt, ihnen Lohn-erhöhungen versprochen, man sagte uns 6—8 Mk. monatlich — und in die Versammlung kam keiner. Es freut uns selbstverständlich, wenn schon die bloße Angst vor einer Betriebsversammlung, oder die Tatsache, daß die Versprechungen zeitlich mit der Einladung zur Versammlung zusammenfallen, bewirken, daß das Los der Kollegen gebessert wird; haben auch gar nichts dagegen, wenn behauptet werden sollte, daß der Herr Baron ohne unser Zutun aufgebellert hätte, auffällig wäre uns nur, warum die Erkenntnis, daß die Löhne verbesserungsbedürftig sind, so spät Platz gegriffen hat.

Die Rentweinsdorfer Kollegen werden aber ebenso gewiß den Anschluß an den Verband noch finden, wie Tausende von anderen Kollegen. Dann kommt die Zeit, wo auch dem Arbeiter statt einem Stückchen Kartoffelland und einem gnädigst genährten Schwein, auf das er keinen bestimmten Anspruch hat, ein angemessener Lohn bezahlt wird, der ihm bei kürzerer Arbeitszeit ermöglicht, sich und seine Familie anständig zu ernähren.

Wir werden wieder bei den Kollegen vorsprechen und sie mit Vernunftgründen zum Anschluß an den Verband bewegen und zweifeln nicht, daß auch in Rentweinsdorf allmählich an Stelle persönlichen Mißtrauens unter den Kollegen die Einigkeit und der Gedanke der Solidarität feste Wurzeln fassen werden. Auf einen Stieb fällt kein Baum, wir haben Kraft genug, den Streich so oft zu wiederholen, bis wir am Ziele sind.

† Berlin-Werder-Brandenburg. Im vergangenen Jahre wurden die Vereinigten Werderschen Brauereien stillgelegt. Die Rundschaft ging an die Hansabrauerei in Berlin über, welche in Werder und Brandenburg Niederlagen unterhielt. Diese Niederlagen sind dann später in die Hände der Böwenbrauerei-Berlin übergegangen, in deren Besitz sie sich heute noch befinden. Wenn das Verhältnis der Organisation zu den Vereinigten Werderschen Brauereien, mit welchen sie im Tarifverhältnis stand, als gut bezeichnet werden konnte, was auch für die Hansabrauerei zutrifft, so soll es anscheinend in Zukunft anders werden. Nachdem der Tarif für Potsdam und Umgegend, der auch für die Werderschen Brauereien galt, am 1. Januar 1912 abgelassen war (der Vertrag für Brandenburg ist erst am 1. April 1912 abgelassen), wurde versucht, auch mit der Löwenbrauerei für die Niederlagen in Werder und Brandenburg ein neues Tarifverhältnis zu schaffen. Es wurden deshalb genannter Firma die Wünsche der Arbeitnehmer in Form eines Tarifvertrages am 18. März cr. zugestellt. Am 25. April fand nunmehr eine Verhandlung mit der Berliner Direktion der Löwenbrauerei statt. Hierbei lehnte die Direktion jedes Entgegenkommen ab. Nicht nur, daß nach Ansicht dieser Herren eine Lohnzulage bei diesen teuren Zeiten etwas Ueberflüssiges ist, sollen sogar Verschlechterungen für die Zukunft stattfinden. Der Urlaub, welcher den Arbeitnehmern nach dem alten Vertrag je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses 3—6 Tage zukauf, soll abgeschafft werden. Die Direktion der Löwenbrauerei ist der Meinung, daß Leute, die in Werder oder Brandenburg wohnen, sich immer auf Urlaub befinden. Einem Landbierfahrer, welcher sich von früh bis in die sinkende Nacht auf der Landstraße befindet und die „frische Landluft atmet“, Urlaub zu geben, ist nach Ansicht der Direktion der Löwenbrauerei ein Verbrechen an dessen Gesundheit. Selbstverständlich werden sich die hier in Frage kommenden Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse wehren und versuchen, ihre Lage auch für die Zukunft zu verbessern.

† Braunschweig. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung nahm am Sonntag, den 5. Mai, in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses zur Kündigung des am 25. September ablaufenden Tarifvertrages Stellung. Das

einleitende Referat hatte Gauleiter Niepl übernommen. Er wies in seinem Vortrage besonders auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahres hin und sprach zum Schluß die Ueberzeugung aus, daß die Vorteile, welche der letzte Tarifvertrag gebracht habe, durch die enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel mehr als doppelt aufgewogen seien. In der Diskussion ging dann Kollege Müller des näheren auf die Braunschweiger Verhältnisse ein und unterzog die verschiedenartige Auslegung des Vertrages einer scharfen Kritik. Eine bessere Klarlegung sei unter allen Umständen notwendig. Auch die weiblichen und jugendlichen Angestellten müßten an die Seite ihrer übrigen Mitarbeiter im Wochenlohn eingereiht werden. Ganz besonders aber müsse die lange Arbeitszeit der Bierfahrer sowie das Sonntagsbierfahren einer genaueren und durchgreifenderen Regelung unterzogen werden. Was in anderen Städten und Brauereien schon längst möglich war, muß auch in Braunschweig möglich sein. Die übrigen Diskussionsredner sprachen sich im gleichen Sinne aus und ermahnten die Anwesenden, durch ein geschlossenes und einheitliches Zusammenstehen das nachzuholen, was uns in anderen Jahren nicht möglich war. Einstimmig wurde hierauf die Kündigung des alten Vertrages beschlossen.

† Donaueschingen. Die in der Fürstlich Fürstenerbergischen Brauerei eingeleitete Lohnbewegung hat ihren vorläufigen Abschluß gefunden. In Nr. 16 der „Verbands-Zeitung“ ist bereits darauf hingewiesen, wie die Brauerei ursprünglich den Arbeitern ein Paragraphenwert aufstrotzieren wollte, in dem beinahe jeder zweite Satz den vorhergehenden wieder aufhob und die Verbesserungen nur scheinbare waren. Nachdem sie aber einsehen mußte, daß die Arbeiter, seit sie organisiert sind, nicht mehr jene leichtgläubigen und zu jeder Unterschrift bereiten Instrumente darstellen, und der Arbeiterausschuß, gestützt durch die Organisation, den Standpunkt der Arbeiter dementsprechend vertrat, mußte sie, wenn sie sich nicht einer Weltblamage aussetzen wollte, bestimmte Zugeständnisse machen. — In der neuen Arbeitsordnung sind dann auch verschiedene Verbesserungen enthalten; so eine Lohnzulage von 2 Mk. für die in Wochenlohn Arbeitenden und 30 Pf. pro Tag für Tagelöhner. Ferner wurde die Bezahlung der Sonntagsarbeit zugestimmt, während bisher 2 Stunden im Lohn enthalten waren. Auch wurde ein jährlicher Urlaub von 3—6 Tagen, die Bezahlung eines Zuschusses zum Krankengeld vom 3. bis 18. Tag, bei militärischen Übungen 150 Mk. pro Tag neu eingeführt. Aber auch das Pfälzchen fehlt dieser Arbeitsordnung nicht, indem auch das freie Koalitionsrecht den Arbeitern zugesichert wird. — aber lehnen die Herren prinzipiell ab, mit einem Vertreter der Organisation zu verhandeln. Sie machen sich also von einem „freien“ Koalitionsrecht ihre eigenen fürstlichen Vorstellungen. — Den berechtigten Forderungen der Arbeiter der Fürstlich Fürstenerbergischen Brauerei ist zwar durch diese Bewegung bei weitem nicht entsprochen worden. Aber auf friedlichem Wege und unter dem Umstand, daß die Brauerei die Vertreter der Organisation nicht zu den Verhandlungen zuzug, war nicht mehr zu erhoffen. Denn daß man der Fürstlich Fürstenerbergischen Brauerei alles wird abringen müssen, mehr noch wie einer anderen Brauerei, stand für Kenner der „Fürstenerberger“ fest. Die Arbeiter gehörten erst seit kurzer Zeit der Organisation an, und schien es sehr gewagt, mit einer so jungen Truppe den Kampf gegen einen gefährlichen Gegner aufzunehmen. Im Einverständnis der Arbeiter wurde deshalb der Brauerei mitgeteilt, sie möchte das Zugestandene einstweilen einführten, was auch geschah. — Den Kollegen in Donaueschingen kann es aber nicht warm genug ans Herz gelegt werden, nachdem sie gesehen haben, daß die Organisation selbst in ihrer Knospenzeit in der Lage ist, den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen; daß sie das begonnene Werk forsaken und durch gegenseitige Aufklärung die junge Organisation festigen, um den rücksichtslosen Auffassungen und Handlungen der Fürstlich Fürstenerbergischen Brauerei eine achtunggebietende Phalanx entgegenzustellen. Freiwillich wird die Brauerei nie etwas geben. Das ist dadurch bewiesen, daß die Kollegen in Friedewiller, die bis jetzt den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, auch noch auf die Lohnerrhöhung warten müssen. — Aber die Bewegung in Donaueschingen hat auch gezeigt, daß eine Zersplitterung der Kräfte nicht im Interesse der Kollegen liegen kann, und die beteiligten Kollegen haben des öfteren deutlich erkennen können, daß wenn nur eine Organisation in Frage gekommen wäre, ein entschiedeneres Auftreten möglich gewesen wäre. Deshalb hinweg mit den Kleinlichen Rücksichten, die in wirtschaftlichen Kämpfen nur hinderlich sein können. Hoffentlich sehen die Donaueschingener Kollegen ein, daß das Einheitsüßte das Beste ist und treten Mann für Mann dem Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter bei.

† Halberstadt-Röderhof-Thale. Tarifvertrag. Endlich ist es gelungen, auch für die Klosterbrauerei Röderhof einen Tarif abzuschließen. — Nach vielen Bemühungen ist es gelungen, die Kollegen zu organisieren. Bereits seit 1904 sind immer Versuche gemacht worden; aber immer hat es die Brauereileitung verstanden, die Organisation wieder auszurotten. Die Verhältnisse liegen dort zu ungünstig. Röderhof selbst ist zu abgelegen; nur die Brauerei und das Rittergut sind vorhanden, denen alles gehört. Die Arbeiter wohnen in den eigenen Häusern der Brauerei und zum Teil in fünf Ortshäusern zerstreut. Ein Lokal bekommt man nicht zur Besprechung, denn alles steht unter dem Einfluß der Brauerei und des Amtsrats, der Rittergutsbesitzer und auch Teilhaber der Brauerei ist. Schon 1904 wurden wegen Maßregelungen Verhandlungen geführt mit dem Völkertischerverband (Magel-Magdeburg).

Im Herbst 1910 hatten wir wieder einen Teil Kollegen organisiert. Man ließ daraufhin die Leute wieder antreten, hielt ihnen einen Vortrag, legte auch wieder Lohn zu. Da war der größte Teil der Leute wieder eingeschüchtert. Die Organisation wurde aber erhalten. Bergangenen Herbst und Winter war die Zahl der Organisierten bis auf 40 unter den circa 61 Beschäftigten gestiegen. Es wurden wieder alle Versuche gemacht, die Organisation zu hemmen; kein Wirt ließ uns mehr in sein Lokal, usw. Nachdem aber in den Halberstädter Brauereien der Tarif dieses Frühjahr abgelassen, beschloßen auch die Kollegen Röderhofs, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurde an die Brauerei, gemeinsam mit den Halberstädtern, ein Tarif eingereiht.

Der Verein der Brauereien von Halberstadt hat Stellung dazu genommen und beschlossen, jede Brauerei sollte mit ihren Leuten selbst verhandeln. Das wurde auch versucht. Nachdem es uns aber gelungen war, mit den Halberstädter Brauereien durch die Organisation einen Tarif abzuschließen, war für uns die Notwendigkeit gegeben, unter allen Umständen nun auch mit der größten Brauerei des Halberstädter Bezirks einen Abschluß zu bekommen. Unterdessen hatte aber die Brauerei wieder mit den Leuten verhandelt und erklärt, daß sie mit dem Verband nicht verhandeln will. Dem Fahrpersonal hatte man ganz gute Zulagen gemacht, aber den anderen Arbeitern teilweise nichts oder 1 Mt. pro Woche. Das übrige sollte so bleiben, Sonntagsarbeit drei Stunden ohne Bezahlung, usw. Nach wiederholten Versuchen um Verhandlungen unsererseits mit Hilfe der Presse, und nachdem auch mit *Blankeburg* die Verhandlungen zum Abschluß gekommen waren und wir nun auch in *Thale* für die Aktienbrauerei sowie für die Niederlage der Schreiberischen Brauerei in Halberstadt in *Passerode*, einen Tarif einreichten, beschloß der Verein der Brauereien, endlich nun mit uns zu verhandeln. Der Syndikus verhandelte zuerst mit dem Bezirksleiter einen Tag, das zweite mal waren aber die Herren Direktoren und ein Braumeister selbst mit anwesend. Nach nochmaliger zehntägiger Verhandlung wurden dann 4 Tarife abgeschlossen. Es zeigt sich hier, nebensbei bemerkt, daß die Verhandlungen schneller zum Abschluß kommen, wenn die Brauereien selbst mit vertreten sind. Das wäre ein gutes Beispiel für andere Herren Syndizi.

Erreicht wurde für die Brauerei *Nöderhof* und deren Niederlage in Halberstadt: 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung bis zu 3 Mt. pro Woche, Bezahlung der Ueberstunden um 10 Pf. höher, volle Bezahlung der Sonntagsarbeit, welche bisher ohne Bezahlung geleistet wurde, mit 60 Pf., auch Bezahlung des Jahreslohns an Sonntagen, Urlaub 3-6 Tage, bei Krankengeld, bei militärischen Uebungen pro Tag 2 und 3 Mt., sowie sonstige Verbesserungen.

Für die *Wernigeroder-Passeroder-Niederlage* wurde dasselbe erreicht. Waren die Kollegen im Hauptbetrieb *Wernigerode* geschlossen einig gewesen, wäre derselbe Tarif auch dort abgeschlossen worden. Aber diese glauben, sie haben es nicht nötig, organisiert zu sein, und bekämen es so. Das ist echte Verräterpolitik.

In der *Aktienbrauerei* in *Thale* wurde dasselbe wie in *Nöderhof* erreicht. Hier versuchte der „*Bund*“ wieder für seine paar Mitglieder etwas zu holen, indem er auch einen Tarif einreichte, und zwar, wie uns bei den Verhandlungen gesagt wurde, niedriger wie wir. Den größten Widerstand hatten wir wegen der Löhne der Brauer, und gerade für die Bundesmitglieder (Verheiratete) ist das meiste mit herausgeholt worden. Hätten wir nun Bosheitspolitik betrieben, konnten wir ja billiger für die Brauer abschließen; unsere Mitglieder wären ja nicht in Frage gekommen.

Für die Kollegen in Halberstadt und Umgegend hat die Organisation dieses Frühjahr ganz schöne Erfolge errungen. Kollegen, vergeßt es nicht, wenn Ihr das zu verdanken habt, verbleibt der Organisation als treue Mitglieder und führt ihr den letzten Mann als Mitglied zu. Die Tarife sind zwar abgeschlossen, aber nur die Organisation bürgt für deren Einhaltung. Die Brauereien haben nun alle die Organisation anerkannt. Es liegt deshalb kein Grund mehr vor, daß die Arbeitnehmer wegen der Vorgesetzten nicht der Organisation beitreten. Von den Brauereien erwarten wir, daß sie ihre bisherige Politik ändern, und wollen beide Teile das bisher Borgefallene vergessen.

† **Hannover.** Eine kürzlich stattgefundene Protestversammlung beschäftigte sich mit dem Verhalten des Syndikus des Verbandes der Brauereien, Dr. Wolf. Kollege *Fülle* referierte. Auf ausdrückliches Verlangen der Brauereien wurde feierlich die Arbeitsordnung mit in den Tarifvertrag aufgenommen. Bei diesen Verhandlungen habe ein Justizrat mitgewirkt. Der neue Herr Syndikus habe aber nun entdeckt, daß die Arbeitsordnung nicht mit hinein gehöre. Es sei eine Neuauflage des Tarifes hergestellt und darin die Bestimmung „und Arbeitsordnung“ einfach ohne unsere Zustimmung aus dem Tarif entfernt. Die natürliche Folge sei nun, daß er an einer neuen Arbeitsordnung arbeite. Daß diese von dem Geiste Dr. Wolfs beherrscht sei, sei doch klar. Dieses könne nur auf einen Konflikt hinauslaufen, denn zum Erlaß einer neuen Arbeitsordnung liege jetzt, nachdem der Tarif festgelegt sei, nicht die geringste Veranlassung vor, außer man beabsichtige, durch diese den Arbeitern Verschlechterungen zu oktroyieren. Das ganze Streben des Herrn sei auf Neuerungen gerichtet. Neuerungen jedoch, die die Arbeiter niemals mitmachen würden. So vertrete der Herr jetzt den Standpunkt, daß bei Tarifveränderungen die Einstellungslohne nicht mit erhöht werden sollen. Aber der Herr Doktor sei ein Gemütskranke, denn er trete dafür ein, daß für die älteren Arbeiter mehr erhalten sollen, damit sie, wenn sie in ihren Kräften nachlassen, sichergestellt seien. Wie die Brauereien diese seine Ansichten bewerteten, könne man alle Tage beobachten. Deren Bestreben ginge doch nur dahin, alle Arbeiter loszuwerden, um ihnen die von Dr. Wolf zugeordneten Wohlthaten in entgegengegesetztem Sinne zuteil werden zu lassen. Eine treffende Widerlegung der Ansichten Dr. Wolfs habe ja eine diesige Stoffbrauerei dadurch gegeben, daß sie einem das 25jährige Arbeitsjubiläum hinter sich habenden Arbeitnehmer jetzt monatlich 75 Mt. an seinem Gehalt gekürzt habe. Allerdings sei der Mann nicht organisiert, das erkläre alles. Auf diese seine Grundzüge ließen sich die Arbeiter niemals ein. Der Herr habe eben Unternehmerinteressen zu vertreten. Am 12. März habe eine Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden. Diese habe beschlossen, die Angelegenheit nochmals den Brauereien zur Aeußerung zu überweisen. Selbstverständlich hätten die Arbeiter ein Interesse daran, so schnell wie möglich zu ihrem Rechte zu kommen. Darin ließen die Brauereien aber sehr viel zu wünschen übrig. Die Sache sei oftmals einer Verjährung verfallen ähnlich. Da habe sich Herr *Medner* veranlaßt gesehen, erst kürzlich, später telefonisch zu erinnern. Bei der letzten telefonischen Erinnerung am 6. April habe nun Herr Dr. Wolf sich wie folgt geäußert: „Die Brauereien brauchen Ihnen überhaupt nicht zu antworten.“ Auf die entsprechenden Entgegnungen, daß doch schon der einfachste Anstand

dies gebiete und bisher niemals ein solcher Standpunkt zutage getreten sei, verbesserte er sich dahin, er sei mißverstanden und habe nur sagen wollen, nicht sofort zu antworten, denn es stände davon nichts im Tarif. Als ihm nun darauf erwidert wurde, daß, wenn von jetzt an die Brauereien wirklich auf einen solchen Standpunkt ständen, wir in einer unserer Versammlungen dazu Stellung nehmen würden, da ließ er sich also vernehmen: „In der Volksversammlung, da könne Sie schwäche, da habe Sie das Publikum danach; hier aber habe Sie anständige Leute vor sich. Adieu!“

Dieser sein Ausspruch läßt doch nur den Schluß zu, daß alle Besucher von Volksversammlungen unanständige Leute sind. Nun gehörten vor noch nicht allzu langer Zeit auch jene noch zu den „Unanständigen“, welche der Herr Doktor jetzt als „Anständige“ reklamiert. Es war zur Zeit der letzten Brauereierhöhung. Da konnte man sogar leibhaftige Brauereidirektoren sehen, welche in diesen so verächtlich von Dr. Wolf behandelten Volksversammlungen sogar als Referenten auftraten. So z. B. der Herr Direktor *Müller* der Lindener Aktienbrauerei, Vorsitzender des Verbandes der Brauereien. Und in der Wintergartenversammlung präsiidierte sogar der Herr *Gildevorsteher* Baumgarten. Wie werden diese sich über die Charakterisierung durch ihren Syndikus freuen. Soweit aber die organisierte Gesamtarbeiterschaft in Frage kommt, weiß sie jetzt, wozan sie ist. Um der Existenz des Herrn Doktors selbst willen könnte man nur wünschen, daß der Zeitpunkt, wo diese so verächtlichen Volksversammlungen den Stab über den Herrn Doktor zu brechen in die Lage kämen, nicht so bald heranrückte. Der Standpunkt des Herrn Doktors, den Volksversammlungen Fehde anzusagen, habe aber nicht lange vorgehalten. Es sei von ihm ein Brief an die Versammlung eingegangen, welchen er zu verlesen wünscht. Das ist geschehen. In diesem Schreiben sucht der Herr Doktor die Sache anders darzustellen; das war aber nur noch plumper. Er will gesagt haben, „daß der Tarifvertrag keine Verpflichtung für die Brauereien enthalte, die Briefe des Syndikus sofort zu beantworten.“ Ach nein, Fülle habe den Herrn Doktor sehr richtig verstanden, und zwar so, daß er sagte, die Brauereien sind gar nicht verpflichtet, Ihnen zu antworten; sich aber gleich verbesserte, indem er dann auf Vorhalt hinzusetzte, wenigstens nicht sofort, es steht davon nichts drin. Es war dieses eben ein Vorstoß gegen unsere Gleichberechtigung. Welchen Sinn hätten denn seine Worte, er ist doch der Angestellte der Brauereien. Eine weitere Malice hänge er dann seinem Schreiben an, indem er schrieb: „Unter den obwaltenden Umständen sehe ich mich veranlaßt, zu erklären, daß ich für die Zukunft jedes telephonische Gespräch mit Herrn Fülle ablehne.“ Das könne ihn, meint *Medner*, herzlich wenig alterieren; wenn nicht er, so sei es eben ein anderer. Dahin, wo der Herr Doktor den Karren hinschieben wolle, machten wir einfach nicht mit. Kein Jota von unseren Rechten. — Nach lebhafter Diskussion faßte die Versammlung folgende Entschliessung: „Die heute im „Ballhof“ tagende Protestversammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten und den verletzenden Aeußerungen des Syndikus des Verbandes der Brauereien, nicht nur unserer Organisation, sondern der gesamten organisierten Arbeiterschaft gegenüber, und kann nicht annehmen, daß die Brauereien dies Verhalten gutheißen; es wäre geeignet, den seit Jahren bestehenden friedlichen Verkehr zu stören und Konsequenzen herauf zu beschwören, für welche die Arbeiter keine Verantwortung übernehmen.“

† **Justenburg.** Streik. Die Lohnbewegung in der Aktienbrauerei *Böhmisches Brauhaus* hat zur Arbeitsniederlegung geführt. Zuzug ist fernzuhalten!

† **Kiel.** Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. Am 11. Mai nahmen die Kieler Brauereiarbeiter Stellung zu dem Bericht der Lohnkommission, den diese über die bisher gepflogenen Verhandlungen mit den Vertretern der Brauereien und dem Arbeitgeberverband gab. Als vor drei Jahren der letzte Tarif abgeschlossen wurde, wobei die Zugeständnisse an die Arbeiter sehr mager ausfielen, weil die drohende Erhöhung der Brausteuer die Lage nicht übersehen ließ, glaubten die Brauereiarbeiter, daß nach Ablauf dieser drei Jahre die Herren geneigt sein würden, höhere Zugeständnisse zu machen. Aber weit gefehlt. Die Lohnkommission mußte auch diesmal berichten, daß die Brauereien in bezug auf Zugeständnisse äußerst zurückhaltend seien. Die Herren behaupten, die sehr schlechte wirtschaftliche Lage der Kieler Brauereien sei nicht dazu angetan, große Zugeständnisse zu machen. Die Lohnkommission berichtete, daß sie in bezug auf die geforderte Lohnerhöhung und die Verkürzung der Arbeitszeit schon einen großen Schritt zurückgegangen, aber trotzdem ein weiteres Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer nicht erfolgt sei.

Die äußerst geringen Zugeständnisse riefen naturgemäß eine außerordentliche Entrüstung in der Versammlung hervor. Leidenschaftlich, unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, wandten sich die verschiedenen Redner gegen die Brauereien und den Arbeitgeberverband. Betont wurde, daß die Ausbeutung der Arbeitskraft der Brauereiarbeiter wohl die höchste Stufe erreicht habe, wofür schon die neuesten Maschinen sorgten. Immer weniger Arbeitskräfte werden beschäftigt.

Unverständlich war es der Versammlung, daß in bezug auf Arbeitszeitverkürzung von den Unternehmern absolut kein Entgegenkommen gezeigt wurde. Die minimalen Lohnerhöhungen, die eintreten sollten, werden in der Versammlung einen Sturm der Entrüstung. Die Brauereiarbeiter können auf Grund eines vierjährigen Tarifvertrages sich nicht damit einverstanden erklären. Die Versammlung erklärte einstimmig, daß sie von den letzten Vorschlägen der Lohnkommission nicht abwischen könne und wurde die Lohnkommission beauftragt, darauf weitere Verhandlungen zu pflegen und rechtzeitig darüber zu berichten. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 11. Mai im Englischen Garten tagende Versammlung aller in den Brauereien Kiels beschäftigten Personen nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnkommission. Die Versammlung bedauert, daß die Brauereien so außerordentlich wenig Entgegenkommen gezeigt haben und ist nicht in der Lage, die bisherigen Zugeständnisse als solche betrachten zu können, worauf ein Tarifabschluß möglich ist. Die Versammlung erklärt,

daß nur auf Grund der letzten Vorschläge ihrer Lohnkommission es möglich sei, zu einem Tarifabschluß zu kommen. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, im Laufe der nächsten Woche auf Grund ihrer letzten Vorschläge weitere Verhandlungen zu pflegen, über deren Resultat dann eine weitere Versammlung Stellung nehmen und beschließen soll.“

Zu der Lohnbewegung in den Destillationen ist zu berichten, daß hier in bezug auf Lohnerhöhungen schon mehrere Erfolge zu verzeichnen sind. Jedoch ist wegen Arbeitszeitverkürzung und Urlaub eine Einigung bisher nicht erfolgt.

† **Stettin.** Am 21. April fand unsere Quartalsversammlung bei Haak statt. Die Quartalsabrechnung ergab: Einnahme und Ausgabe im 1. Quartal 4264,90 Mt., an die Hauptkasse abgeandt 1228,78 Mt. Bestand der Kasse am Schluß des 1. Quartals 796,75 Mt., Mitgliederbestand 759 männliche und 52 weibliche.

Hieran anschließend erstattete Kollege *Tröger* Bericht über die letzte Tarifverhandlung und empfahl schließlich die Annahme der in der Vertrauensmänneritzung gefaßten Resolution. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung mit überwiegender Mehrheit die Annahme dieser Resolution, welche also lautet:

„Die am 20. April im „Volksbause“ stattgefundene Vertrauensmänneritzung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter faßte den Beschluß, der am 21. April stattfindenden Mitgliederversammlung den nach den Beratungen vom 3. April aufgestellten Tarifvertrag zur Annahme zu empfehlen und die Organisationsleitung mit dem endgültigen Abschluß zu beauftragen.“

Es wurde ferner beschlossen, die neuen Tarife in Buchform anfertigen zu lassen und zu möglichem Preise den Mitgliedern auszuhändigen. Ueber die Verbesserungen des neuen Vertrages wird ausführlicher später berichtet werden.

† **Speyer.** Mit Tarifdifferenzen in den Brauereien *Schwarz* und *Storchbrauerei* beschäftigte sich das Schiedsgericht, vor dem unser Bezirksleiter Kollege *Schmuk* die Sache der Kollegen vertrat. Nach § 2 Abs. 1 des Tarifes muß jede Sonn- und Feiertagsarbeit mit Ausnahme der der Bierfahrer und der siebenten Schicht mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Dieser Tarifbestimmung trugen die vorstehenden Brauereien den Ablösungsmannschaften gegenüber nicht Rechnung, sondern entschädigten sie mit einer Pauschale von 3 Mt. pro Sonn- und Feiertag.

Das Schiedsgericht verurteilte die Brauereien, den Ablösungsmannschaften die Sonn- und Feiertagsarbeit nach § 2 Abs. 1 zu bezahlen. Nachzahlen müssen die Brauereien über 400 Mt. an die in Betracht kommenden Kollegen.

Das ist der zweite durchschlagende Erfolg, den Kollege *Schmuk* während der Geltungsdauer des Tarifes für die Kollegen erzielt hat. Das interessanteste in dem jetzigen Falle aber ist, daß keiner der 10 Kollegen unserer Organisation angehört. Werden die Kollegen bald überzeugt werden, wer ihre Interessen vertritt?

† **Nelzen.** Streik. Die Kollegen in Nelzen haben am Montag, den 13. Mai, die Arbeit niedergelagt wegen ungenügender Zugeständnisse zu ihren Tarifforderungen. Bei einer geringfügigen Lohnzulage bestanden die Brauereien bezw. ihr Syndikus auf eine vierjährige Tarifdauer, wogegen auch an der Arbeitszeit nichts gekürzt werden sollte. Das war ihr äußerstes Angebot. Gegen drei Stimmen lehnten die Kollegen in einer Versammlung am Sonntag, den 12. Mai, das letzte Angebot der Brauereien ab und beschlossen den Streik. Zuzug ist fernzuhalten!

Mühlen.

† **Schwège.** Tarifvertrag. Nach längeren Verhandlungen gelang es, mit der *Firma M. Dohle, Werramühle* in Schwège, erstmals einen Tarifvertrag mit zweijähriger Gültigkeitsdauer abzuschließen, nach welchem in der Hauptsache das bis jetzt bestandene Kost- und Logisystem beseitigt und eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die dort beschäftigten Kollegen erreicht wurde. Die Arbeitszeit beträgt sowohl für die inneren Betriebsarbeiter, als auch für die Kutscher täglich zehn Stunden. Die Löhne betragen für die Betriebsarbeiter 23 Mt. für Kutscher 22 Mt. pro Woche, Ueberstunden werden mit 40 Pf. an Wochentagen und mit 50 Pf. an Sonntagen vergütet. Für Füttern der Pferde an Sonntagen werden 80 Pf. für Anspannen 1,50 Mt. bezahlt. In bezug auf § 616 wurde festgelegt, daß bei kleinen Versäumnissen bis zu einem Tag vom Lohn nichts in Abzug gebracht wird; bei militärischen Uebungen und in Krankheitsfällen erhalten die Arbeiter auf die Dauer von vierzehn Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezw. staatlicher Unterstützung bezahlt. Scheinen auch die erreichten Löhne gering, so bedeutet diese Regelung für die Kollegen, die sämtlich verheiratet sind und bis jetzt bei der *Firma* die Kost und durchschnittlich 11 Mt. Lohn pro Woche erhielten, eine wesentliche Verbesserung ihrer bisherigen Lage. Durch den Tarifabschluß ist für die Kollegen die Grundlage gegeben, auf der für die Folge weitergebaut werden kann. Offenlich ziehen auch die Kollegen der umliegenden Mühlen die Lehre daraus, durch Anschluß an den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband an einer Verbesserung ihrer miserablen Verhältnisse mitzuwirken.

† **Stettin-Jasentz.** Die bei dem *Mühlennbesitzer Steffen* organisierten Kollegen haben einen schönen Erfolg durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation erzielt. Eine Versammlung am 26. April beschäftigte sich mit Lohnforderungen. Herr *Steffen* erfuhr davon und versuchte nun die Kollegen einzuschüchtern, indem er mit Entlassung drohte. Dieses verfehlte seine Wirkung, im Gegenteil: die Kollegen beschloßen in einer Versammlung am 29. April, sollte ein Kollege gemahregelt werden, sie sich dagegen wehren würden. Auch das erfuhr Herr *Steffen* und die Folge war, daß er anderen Tags den Leuten erklärte, daß jeder 50 Pf. pro Tag, also pro Woche 3 Mt. Zulage bekäme. Damit erklärten sich die Kollegen einverstanden.

Also wieder ein schöner Erfolg. Nun liegt es aber an den Kollegen, sich das Errungene zu erhalten, und dazu gehört vor allem, daß sich die wenigen noch nicht organisierten dem Verbands angeschlossen und alle treu zur Fahne des Verbandes halten.

Korrespondenzen.

Mannheim-Ludwigsafen. Unsere Versammlung am 4. Mai im Gewerkschaftshaus war sehr schlecht besucht. Viele Kollegen glauben, wenn sie ihre Beiträge entrichtet, ihre Pflicht getan zu haben. Wöchten die Kollegen doch bedenken, wie die Organisation das ganze Jahr hindurch auf dem Damm sein muß, um das Errungene zu erhalten und zu verteidigen. Wenn sich jeder dessen bewußt ist, dann muß aber der Versammlungsbesuch ein besserer sein. In einigen kleinen Brauereien sind Lohnbewegungen und Tarife zugunsten der Kollegen abgeschlossen worden: Sedenheim, Ebingen, Schwesingen. Mitgeteilt sei, daß die Kollegen, welche mit dem Schiedsgericht Mannheim zu tun haben, sich aber beim Termin auswärts befinden, sich durch Arbeitersekretär Böttcher und Gewerkschaftssekretär Nagel vertreten lassen können.

Mülheim (Ruhr). In der gut besuchten Versammlung am 5. Mai wurde der Rassenbericht vom 1. Quartal gegeben. Derselbe ergab eine Einnahme von 222,65 Mk. und eine Ausgabe von 287,14 Mk. An Unterstützungen wurden 186,55 Mk. verausgabt, dazu war ein Zuschuß aus der Hauptkasse erforderlich. Die Mitgliederzunahme betrug 28. Die Kollegen der Mülheimer Aktienbrauerei sind, den Wert der Organisation erkennend, geschlossen dem Verbands begetreten. Allgemein wurden Klagen laut. Auf der Mülheimer Aktienbrauerei wuschen sich die Kollegen in einem finsternen Raum, auch sind hier Lohnkürzungen vorgekommen. Es wurde eine Betriebsversammlung mit dem Gauleiter gewünscht. Der Umkleideraum auf der Rheinischen Zonenbrauerei gleicht öfter einem Zirkus unter Wasser. Sauber wird er gemacht, "wenn einer Zeit hat". Waschbeden fehlen gänzlich. Die ganze Kolonne wäscht sich unter dem Wasserhahn. Maschinisten, Geizer, Schmiede dürfen sich in der Dachrinne waschen; Waschbeden haben sie nicht. Auf der Bergbrauerei Mann geht es vorfintflutlich her. Die Kollegen waschen sich dort im Kohnraum der alten Pfannenfeuerung. Die Herren treiben dort noch Gefinnungsschmüffelei. Organisierte Kollegen bezeichnet man mit dem Ausdruck "Gezer"! Ob Herr Mann denn ganz vergißt, daß 10 Minuten von der Brauerei entfernt eine recht flotte Wirtschaft liegt, die vorwiegend von "Gezern" besucht wird? Will Herr Mann einziger Lieferant dieser Wirtschaft bleiben, dann dürfte er sich in Zukunft in den Ausdrücken mäßigen. In der Wendener Engelbrauerei werden die Postkassen auf dem Bureau einer Durchsicht unterzogen, oftmals nach mehreren Stunden gelangen sie an die Abreisaten. Herr Flugfang hat sein Versprechen, einen organisierten Kollegen einzustellen, noch nicht eingelöst, obwohl die Möglichkeit nachgewiesen ist. Nachdem der Bezirkstarif auch den Kollegen von Fbing wesentliche Verbesserungen brachte, scheint nun alles in Ordnung zu sein. Alle, bis auf einen, sind aus dem Verbands ausgestreten. Die Versammlung beschloß, wegen der Mißstände ungesäumt an den Gauleiter und das Gewerkschaftskartell zwecks Mändierung heranzutreten. Nach Aufforderung zum Lesen der Arbeiterpresse, Beitritt zum Arbeiter-Konsumverein und unermüßlichem Fleiße in der Agitation erfolgte Schluß der Versammlung.

Fürzheim. Der im Bayerischen Brauhaus beschäftigte Flaschenmeister, Herr Göttinger, macht jetzt außerhalb des Betriebes von sich reden, nachdem er mit seinen Ausdrücken, wie "tote Purenbuben" und dergl. im Betrieb ein bißchen Einhalt tun muß, und auch der Fall mit der Kriminalpolizei seine Wirkung nicht verfehlt hat. Vom Barbier, bei dem er sich rasieren ließ, wollte er 1 Mk. gepumpt haben, und als dieser nicht gleich bei der Hand war, äußerte Herr Göttinger: Eine Mark her oder ich hau Dir eine an die Backel. Auch aus diesem Fall kann man schließen, wie er den Arbeitern gegenüber auftritt.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Herr Malzfabrikant Seitz, Ingolstadt, zugleich Lieferant von Arbeitswilligen und Inhaber einer "christlichen" Gerberge in München, bemüht sich, sein Malz in den Landbrauereien unterzubringen. Den Brauereien, denen er Malz anbietet, empfiehlt er auch seine Gerberge und seine Arbeitswilligen. Auf dieses Doppelgeschäft möchten die Kollegen achten! Wenn es sein muß, werden die Kollegen es ablehnen, das Malz besser zu verarbeiten, der sie in seiner Eigenschaft als Arbeitswilligenvermittler schädigen will.

Aus der Mühlenindustrie.

Deutschlands Brotversorgung ist durch die infolge des italienischen Krieges in Tripolis verhängte Sperre der Dardanellen in großer Gefahr. Mit Recht fordern deshalb Handelskammern, Müllervereinigungen und sonstige Interessentenkreise die sofortige Aufhebung der Ausfuhrvergütung für deutsches Getreide, damit der ohnehin geringe Bestand an Brotgetreide durch gewissenlose Spekulanten und Großgrundbesitzer nicht noch mehr künstlich verringert wird. Bei dieser Gelegenheit leistet sich die "Südwestdeutsche Müllezeltung" folgendes:

"Man darf mit der Aufhebung der Ausfuhrvergütung nicht warten, bis das Inland von dem bißchen Getreide noch völlig entblößt ist, bis die dann wirklich bestehende Brotlieferung zu katastrophaler Not führt, die von gewissenlosen Elementen dann zur Verheerung der Massen weidlich ausgenützt wird."

Der Schlußsatz ist eine Gemeinheit! Wer dem Volke die Gefahr des Einfuhrsperrensystems harmacht und die Massen für die Forderung nach Aufhebung dieser Ausfuhrvergütung interessiert, ist kein gewissenloser Gezer, sondern leistet wichtige praktische Arbeit im Dienste des Vaterlands!

Christliches und Selbes.

In der "christlichen" Gewerkschaftsstimme hat sich eine christliche Seele immer noch nicht genug ausgelebt über den Reinfall in Wellheim. Alle durch die christlichen Lügenflugblätter aufgestellten Behauptungen werden durch die "Gewerkschaftsstimme" selbst treffend widerlegt. 7072,72 M. Lohnhöhung erhalten die Kollegen der Brauerei Silbernagel durch den Tarifabschluß des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Im Februar

wollten die Christen mit der Brauerei unterhandeln, nachdem der Tarif schon von uns im Januar abgeschlossen war. Wie ein hinterdes Schaf tappt der berühmte "christliche" Verband hintennach. Hat sich schon einmal jemand ärger blamiert als diese Strategen? Dafür suchen sie sich jetzt durch persönliche Verunglimpungen des Kollegen Hilz zu rächen. Um ihren Mitgliederchwund in Wellheim aufzuhalten, haben sie am 25. April unter Assistenz des Herrn Frankenberg aus Mannheim und Rott aus Karlsruhe wieder eine Selbsthinrichtung ausgeführt. Große Doppreisungen für Herrn Rott, als protestantischer Mann, waren an den Strageneden zu lesen. Die Kollegen hatten aber genug von dem Schwindel und blieben der Versammlung fern. Durch einen Trick suchten die Drahtzieher Kollegen Hilz in die Versammlung zu locken, welche gar keine öffentliche war. Sie schrieben folgende Karte nach Karlsruhe:

Wellheim, den 24. 1912.

Werter Kollege!

Ich lade Dich höflichst ein am Donnerstag, den 25. April, abends 8 Uhr, zur öffentlichen Versammlung. Betreffs des Tarifvertrags und die Stimmung der Arbeiter. Es laden Dich ein die Kollegen.

Als Kollege Hilz nach Wellheim kam, stellte sich das plumpe Manöber und die Feigheit der christlichen Drahtzieher heraus. Mit Lug und Trug haben sie von Anfang an operiert und suchen nun zu retten was zu retten ist. Es werden aber zehn Eide nichts daran ändern, daß die ganze "christliche" Herrlichkeit den Rhein hinunter schwimmt. Solche Herrschaften läßt man unter sich. Jetzt suchen sie sich auch wieder an der Brauerei Silbernagel zu reiben, weil dort organisierte Kollegen eingestellt wurden. Soll die Brauerei erst die Erlaubnis bei Herrn Frankenberg einholen? Wir sprechen unser Beileid aus. Hilz.

Volkswirtschaftliches, Steuerpolitisches.

Ueber die Lebensmittelteuerung äußert sich der Jahresbericht der Handelskammer Berlin folgendermaßen:

Neben den politischen Verhältnissen war es vornehmlich die Lebensmittelteuerung, deren widriger Einfluß im Wirtschaftsleben erkennbar hervortrat. Daß die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe den verarbeitenden Gewerben Schwierigkeiten schuf, daß ferner die Lebensmittelteuerung das Hauptargument für die Erhöhung der Arbeitslöhne abgab, ist schon erwähnt worden. Hier soll zur weiteren Illustrierung der Teuerungsverhältnisse darauf hingewiesen werden, daß die Mehrausgaben, die dem Konsum auf dem Gebiete des Nahrungsmittelewesens erwachsen, eine Verschiebung oder Einschränkung der Bedarfserfüllung auf anderen Gebieten hervorrief.

Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn die Verbrauchsgegenstände, die unentbehrlich sind, teurer werden, der Absatz der mehr entbehrlichen Waren von dem Vorgegang mitberührt wird. Ebenso natürlich ist es, daß die Einwirkung verschiedener ausfällt, je nachdem es sich um kaufkräftige oder weniger bemittelte Schichten von Konsumenten handelt. Daß der kaufkräftige Teil der Bevölkerung in merklichem Umfange keine Nachfrage nach Luxusartikeln einschränkte, war im Berichtsjahr nicht zu beobachten; indes darf angenommen werden, daß die Vorliebe für bessere Qualitäten, die — zum Nutzen des gesamten Geschäftsverkehrs — in den letzten Jahren sich fast überall bemerkbar gemacht hatte, angesichts der höheren Kosten der Lebenshaltung eine Abminderung erfahren hat. Der analoge Vorgang — Abstieg von der besseren Ware zur billigeren Sorte, Bevorzugung des Surrogats an Stelle der echten Ware — trat stärker in den Gehflagenheiten der breiten Masse der Konsumenten hervor, und hier auch war die schärfere Form der Einwirkung der Teuerung, die quantitative Einschränkung der Nachfrage für manche Gewerbe fühlbar. In erster Linie traf dies für Zweige des Textilgewerbes zu. Während die Konfektions- und Wäschegeschäfte, soweit deren Kundenschaft sich aus den bemittelten Volksklassen rekrutiert, über geringen Absatz nicht zu klagen hatten, nahm der Verkauf, soweit er sich auf Massenartikel richtete, im letzten Halbjahr, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe schwebten, einen recht schleppenden Verlauf. In anderen Branchen ging es ähnlich zu; wir nennen den Kolonialwarenhandel, das Geschäft in Eisen-, Kurzwaren, den Möbelhandel, das Geschäft in Schuhwaren usw.; überall waren die Spuren der Lebensmittelteuerung zu verfolgen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Umsätze fast des gesamten Detailhandels von der Lebensmittelteuerung ungünstig beeinflusst wurden.

In der öffentlichen Diskussion ist die Angelegenheit der Teuerung in verschiedener Art beurteilt worden. Sowohl über den Grad, als auch über die Ursache der Teuerung hat man Ansichten geäußert, die nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind. Wir beschränken uns bei Besprechung der Frage auf wenige Bemerkungen.

Was den Grad der Teuerung anbelangt, so haben wir uns über die Preissteigerung, die am Rohstoffmarkt zu beobachten war, bereits oben geäußert. Zur Ergänzung des Bildes seien noch für einige Artikel, die Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs sind, die Preise der Jahre 1910 und 1911 in Vergleich gestellt. Wir unterziehen dabei nur die Verhältnisse des zweiten Halbjahres 1911 einer Betrachtung, da in diesem Zeitraum die Verschärfung der Situation sich am deutlichsten befandete:

Es wurden bezahlt für

Table with 5 columns: Item, im August d. Jahr. 1910, im August, im Septbr., im Oktober, im Novbr. des Jahres 1911. Rows include Kartoffeln, Roggenmehl, Butter, Raffinierten Zuder, Kaffee, Kalao, Reis.

Die vorstehenden Ziffern, die amtlicher Feststellung entstammen, gelten für die Preise, welche im Großverkehr bezahlt wurden. Sie lassen erkennen, daß im zweiten Halbjahr 1911 ein Zustand herrschte, den man mit dem Worte Teuerung belegen kann. Daß die Notierungen für Schlachtvieh, von Schweinepreisen abgesehen, gleichfalls sehr hoch waren, ist an anderer Stelle bereits gesagt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Zur Saffung des Automobils. Der Automobilist kann für den von ihm angerichteten Schaden auch dann haftbar gemacht werden, wenn er nicht zu schnell und mit erlaubter Geschwindigkeit fährt, und zwar dann ist seine Haftung begründet, wenn er die erlaubte Geschwindigkeit so steigert, daß er den gewöhnlichen Gefahren, die ihm auf seiner Automobilsfahrt begegnen können, nicht mehr gewachsen ist. Diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg hat das Reichsgericht in folgendem Falle bestätigt. Der Handlungsgehilfe Sch. in Hamburg hatte am 31. Mai 1909 sich zur Gesellschaft an einer Automobilsfahrt beteiligt, die von dem Automobilmändler H. in Hamburg in die Umgegend unternommen wurde. Auf dieser Fahrt war Sch. schwer verletzt worden, und zwar dadurch, daß beim Befahren einer Kurve ein Madreifen platzte und das Automobil an einen Baum rannte. Der Kläger behauptete, H. habe die sehr scharfe Kurve in viel zu schnellem Tempo genommen. Der Beklagte bestritt dies, aber und machte außerdem noch geltend, der Kläger sei von ihm aus Gefälligkeit mitgenommen worden und könne schon deshalb seine Schadenersatzansprüche an ihn stellen. Auch habe Sch. ja selber gesehen, mit welchem Tempo der Beklagte gefahren sei. Das Landgericht Hamburg hatte ausgeführt, es sei nicht erwiesen, daß H. zu schnell gefahren sei, und hatte darum die Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht Hamburg aber hatte der Klage dem Grunde nach stattgegeben. Die Frage, so hatte das Berufungsgericht ausgeführt, ob der Beklagte zu schnell gefahren sei, könne vorliegend ganz dahingestellt bleiben. Jedenfalls dürfe der Führer eines Automobils die Geschwindigkeit nicht so steigern, daß er den gewöhnlichen Gefahren des Automobilsverkehrs dann nicht mehr gewachsen sei. In einem solchen Falle hatte der Führer auch dann, wenn sich die angenommene Geschwindigkeit noch innerhalb der polizeilich erlaubten Grenzen halte. Wie der Unfall geschehen sei, sei zwar nicht sicher aufgeklärt. Ob das Hinausschieben der Fahrgäste erst die Folge des Madreifenbruchs gewesen sei, oder ob dies schon vorher geschehen sei, könne ebenfalls dahingestellt bleiben. Möge auch das Plagen des Reisens vielleicht nicht auf zu schneller Fahrt beruhen, auch sonst den Beklagten nicht der Vorwurf treffen, daß er mit zu großer Geschwindigkeit gefahren sei, so würde sich trotzdem der Unfall nicht ereignet haben, wenn der Beklagte die Kurve in langsamer Fahrt genommen hätte. Denn dann hätte eben der Beklagte, möge nun der Madreifenbruch geschehen sein aus welcher Ursache er wolle, die Herrschaft über sein Fahrzeug nicht in der Weise verloren, daß dasselbe an einen Baum in den Graben geraten sei. Bei dieser Sachlage sei auch ganz unerheblich, ob der Kläger vom Beklagten zu einer Gefälligkeitssahrt mitgenommen sei. Selbst wenn man dies auch unterstelle, so sei der Kläger berechtigt gewesen, sich ganz der Leitung des sachkundigen Führers zu überlassen, zumal ihm auch gar keine Möglichkeit gegeben gewesen sei, auf die Führung irgendwelchen Einfluß auszuüben. Jedenfalls hatte der Beklagte auf Grund von § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, und auch der Schmerzensgeldanspruch des Klägers sei gemäß § 847 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründet. Die vom Beklagten gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde als unbegründet zurückgewiesen. Wie das Reichsgericht schon in einer früheren Entscheidung ausgeführt hat, kann der Automobilist auch dann haftbar gemacht werden, wenn er mit polizeilich erlaubter Geschwindigkeit fährt, wenn nämlich besondere Umstände ihn verpflichten, langsam zu fahren.

Literarisches.

"Volksernährung" von Dr. Julian Marcuse. Heft 29 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Das vorliegende Heft bringt in drei Kapiteln: "Grundprinzipien der Ernährung", "Worin unterscheidet sich die Volksernährung von der allgemeinen Ernährung", "Leitende Gesichtspunkte für eine zweckentsprechende Volksernährung" und eine "Uebersicht über den Nährwert der gebräuchlichsten Nahrungsmittel" diejenigen Fortschritte zur allgemeinen Kenntnis, welche die Wissenschaft von der Ernährung im allgemeinen, von der Volksernährung im besonderen neuerdings gemacht hat, insbesondere über die stärkere Heranziehung von Pflanzstoffen, den Ersatz der Fleischkost durch Vegetabilien, die "Selbstvergiftungen" durch einseitige Fleischkost usw. Das Heft ist — wie alle anderen Hefte der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Wilhelm Hausenstein: Die großen Klopffisten. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Berlin 1912. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 40 Pf.

"In Freien Stunden", Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. "In Freien Stunden" erscheint wöchentlich. Jedes Heft ist von Künstlerhand illustriert und erscheint in einem Umfang von 24 Seiten zum Preise von 10 Pf. Wer die Wochenschrift noch nicht kennt, verlange eine Probenummer. Neuzuglutretende Abonnenten können den bisher erschienenen Teil von "Germinal" nachgeliefert erhalten.

Zeitungen älterer Jahrgänge.

Kollegen, welche im Besitze von Zeitungen älterer Jahrgänge ("Brauer-Zeitung") sind, bitten wir, dieselben, soweit sie entbehrlich sind, gegen Erstattung der Ankosten und eventuell mögliche Entschädigung uns zu überlassen. Es handelt sich hierbei um die Jahrgänge 1904 einschließlich und rückwärts, und ist es gleich, ob einzelne Exemplare oder ganze Jahrgänge. Bei Zusendung bitten wir um gute Verpackung. Die Hauptverwaltung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin D. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Königsstadt 275.

Diese Woche ist der 20. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Tarifverträge und Differenzen.

Die Bezirksleiter und die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, etwa abgeschlossene und dem Verbandsvorstand noch nicht eingesandte Tarifverträge sofort einsenden zu wollen.

Eingehenden sind ferner nach jeder abgeschlossenen Differenz, bei welcher von Verbands wegen eingegriffen wurde, der hierzu vorgebrachte Differenzbogen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher:

Michael Baumgartner, Müller, Buchnr. 41 509, geb. 7. August 1881, zu Wallern, Ober-Oesterreich, eingetr. 15. März 1908, in Schweinfurt.

Olto Kössner, Bierfahrer, Buchnr. 32 184, geb. 26. März 1876, zu Magdeburg, eingetr. 7. Juli 1908, in Magdeburg.

Theodor Pries, Bierfahrer, Buchnr. 27 253, geb. 17. Februar 1875, zu Meinersdorf, eingetr. 1. Januar 1900, in Kiel.

Wilhelm Wied, Bierfahrer, Buchnr. 47 896, geb. 16. Dezember 1871, zu Deligsdorf, eingetr. 16. Mai 1906, in Jpehoe.

Vorliegende Kollegen haben Duplikate erhalten. Nur diese sind gültig.

Gestorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut auszubehaltenden Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)

Böhm: Karl Jungblut, Bierfahrer, 34 Jahre (45 Mk.); Neuhaldensleben: Gottfried Kracht, Arbeiter, 55 Jahre (60 Mk.); Stettin: Ernst Zahnte, Feizer, 51 Jahre (90 Mk.); Gera: Johann Segger, Müller, 51 Jahre (200 Mk.); Dresden: Wenzel Bedert, Müller, 40 Jahre (200 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Margherius-Zeiß 15 Mk.; Henninger-Schweinfurt 25 Mk.; Dumes-Regensburg 20 Mk.

Eingänge der Hauptkasse

vom 6. bis 12. Mai.

Berlin 25,—; Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz (Guthaben zurück) 889,90; Frankfurt a. M. 2,10; Pforzheim 2,10; Meiningen 100,—; Erfurt 96; a. M. 2,10; Pforzheim 2,10; Meiningen 100,—; Erfurt 96,—; Neufölln 2,15; Rudolstadt 60,—; Gildesheim 108,08; Bremerhaven 210,—; Doberan 25,—; Rostock 200,—; Güstrow 152,40; Landsbut 100,—; Konstanz 2,10; Leutkirch 11,—; Jpehoe 89,11; Ludwigsburg 2,10; Prenzlau 11,—; Aachen 81,69; Oggersheim 110,—; Wanne i. Westf. 100,—; Eisenach 200,—; Darmstadt-Gr. Gerau 230,—; Gr. Pantof 10,—; Blankenburg a. Harz 4,20; Düsselndorf 4,50; Nijhaffenburg 2,10; Magdeburg 796,14; Eilenburg 89,47; Nordhausen 300,—; Wilsnack 30,—; Neumünster 23,10; Hamm i. Westf. 70,68; Frankenhäuser 87,41; Niefa i. Sachsen 535,33; Tutzingen 2,10; Neuwied 2,70; Plauen i. Vogtl. 160,—; Langensalza 4,—; Forchheim 67,27; Rastowitz 16,—; Kaiserslautern 79,05; Freiburg i. Baden 2,10; Schillingheim 2,40; Remmingen 154,14; Berlin 2,10; Berlin 2,50; Coblenz 50,—; Heidelberg 687,03; Erlangen 169,70; Gernrode a. Harz 38,—; Augsburg 2,40; Stettin 2,10; Mühlhausen i. Th. 2,40; Raun 2,70; Nalen 1,20; Karne i. Holstein 2,50; Neustrelitz 18,82; Graberstatt 2,10.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter gingen ein: Seidmühle 12,60.

Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter gingen ein: Seidmühle 3,90.

Richtigstellung: In letzter Nummer muß es zu Berlin statt 38,— Mk. 35,— Mk. heißen.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingesandt: Mainz, Wanne i. Westf., Euhl, Aachen, Forchheim, Remmingen, Neustrelitz, Goslar, Coblenz, Dranienburg, Frankenhäuser und Freudenstadt.

Materialverkauf.

Frankfurt a. M. 100 Mitgliedsbücher. Lüneburg 20 Mitgliedsbücher. Konstanz 30 Mitgliedsbücher und 1200 Marken a 50 Pf. Straubing 20 Mitgliedsbücher. Bochum 2000 Marken a 50 Pf. Schwemningen 3000 Marken a 50 Pf. Ludwigsburg 1200 Marken a 50 Pf. und 500 Marken a 30 Pf. Kulmbach 8000 Marken a 50 Pf. Bremen 100 Mitgliedsbücher und 20 000 Marken a 50 Pf. Berlin 50 000 Marken a 50 Pf. Wanne i. Westf. 2000 Marken a 50 Pf. Karlsruhe 10 000 Marken a 50 Pf. Schweinfurt 100 Marken a 30 Pf. Niefa i. Sachsen 2000 Marken a 50 Pf. Berlin 400 Marken a 30 Pf. Plauen i. Vogtl. 2000 Marken a 50 Pf. Schönebeck a. Elbe 1600 Marken a 50 Pf. und 50 Marken a 30 Pf. Neichenbach i. Vogtl. 50 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 50 Pf. Harburg 300 Marken a 30 Pf. Kreuznach 400 Marken a 50 Pf. Amman 600 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bezirk XI. (Straßburg). Die Telefonnummer des 11. Bezirks ist 3936; nur in dringenden Fällen zu benutzen.

Kassel. Adolf Ziebach, geb. 3. September 1867 zu Hochhouschütz; Julius Wagner, geb. 22. Januar 1869 zu Wallburg; Karl v. d. Heyde, geb. 19. November 1863 zu Agerbach, alle drei Müller, haben sich hier ansuchen lassen und haben ihre Mitgliedsbücher nicht eingepordert. Die Kollegen wollen sie darauf aufmerksam machen.

Leutkirch. Vorsitzender und Kassierer: Jaf. Ludwig, Zävenbrauerei, Schraghofen.

Wilsnack. Vorsitzender: Hl. Gerner, Depitz bei Köpstedt, Köpstedter Straße 7.

Versammlungsanzeigen.

Donnerstag, den 16. Mai:

Erbing u. Umg. 2 Uhr: „Gasthaus zum Schmidbauer“. Referent: Schrems-Regensburg. Deggendorf u. Umg. 2 Uhr: „Bayerischer Hof“. Referent: Liebl-Regensburg.

Sonntag, den 18. Mai:

Ansbad. 8 Uhr: „Drei Könige“. Burg. 8 Uhr: Untermhagen 68. Eisenach. 8 1/2 Uhr: im „Engel“. Emmendingen. Miegel. 8 Uhr: „Restaurant drei Könige“ in Emmendingen. Fürstentum. 8 1/2 Uhr: bei Niedel, Windmühlenstraße. Fürtth. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus Eborasäle“. Kadmersteben. 8 1/2 Uhr: „Zur guten Quelle“. Meissen. 8 1/2 Uhr: „Restaurant zum Kronprinzen“. Merseburg. 8 1/2 Uhr: „Kaiser-Wilhelmshalle“. Schwemningen. 8 1/2 Uhr: „Gasthaus zum grünen Baum“. Ulm. 8 Uhr: „Gasthaus zum Hohenwiel“. Weimar. 8 1/2 Uhr: „Volkshaus“. Würzburg. 8 1/2 Uhr: „Goldner Hahn“, Marktplatz.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Einlagegelder erhalten

vom 28. 4. bis 11. 5. 1911. Kulmbach 160 Mk., Kiel 140 Mk., Ansbad 90 Mk., Landsbut 200 Mk., S. G. R. N. M. Münden 100 Mk., Ansbad 100 Mk., Fürtth 100 Mk., München 150 Mk., Zwickau 152 Mk., Dortmund 500 Mk., Alenburg 100 Mk., Nürnberg 2000 Mk., Nürnberg 200 Mk., Rostock 100 Mk., Hamburg 70 Mk., S. G. R. N. M. München 100 Mk., Hamburg 200 Mk., Wanne 100 Mk., München 250 Mk., Freiburg 80 Mk., Augsburg 200 Mk.

Rückzahlungen erfolgten:

München 31,07 Mk., Sollen 50 Mk., U. 3600 Mk., Berlin 20,20 Mk., Augsburg 50 Mk., S. 5000 Mk., U. 5000 Mk.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Walter Richter.

Ich gebe hiermit bekannt, daß in der Privatklage des Alois Holzjurtner, Bezirksleiters in Ulm, Privatklagers, gegen Josef Hauner, Reisender in Ulm, Angeklagten, wegen Verleumdung folgender Vergleich

Vergleich

abgeschlossen worden ist: Der Angeklagte hat sich auf Grund der gerichtlichen Beweisaufnahme davon überzeugt, daß an der von dem Bierbrauer Stadler gemachten Mitteilung, wonach der Privatkläger diesen bei Vofch verschmäht und um seine Stellung gebracht habe, kein wahres Wort ist. Er entschuldigt sich und übernimmt sämtliche Kosten. Auch ist er damit einverstanden, daß der Privatkläger in der Verbandszeitung der Brauer im redaktionellen Teil diesen Vergleich berichtet. Ulm, den 6. Mai 1912. Rechtsanwält R. Oos III.

Nachruf.

Am 16. April starb unser treuer Kollege, der Zuttermeister Joseph Breuer im Alter von 43 Jahren. Ehre seinem Andenken. Die Kollegen der Brauerei Freund, St. Ludwig.

Nachruf.

Nach langem, schweren Leiden starb am 5. Mai unser treuer Kollege, der Müller Franz Zerkert im Alter von 40 Jahren. Ehre seinem Andenken. Mitgliedschaft Banker.

Nachruf.

Am 7. Mai verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kollege, Bierfahrer Rudolf Wief im Alter von 33 Jahren. Ehre seinem Andenken. Zahlstelle Mühlhausen i. Th.

Nachruf.

Durch plötzlichen Tod wurde unser unvergeßlicher Kollege Johann Gader aus unierer Reihen gerissen. Ehre seinem Andenken. Die Kollegen der Unionsbrauerei, Berlin.

Dankagung.

Den Kollegen der Berliner Ansbauerer, Keniöns, für die Glückwünsche und den Kollegen vom Sudhaus für das schöne Hochzeitsgeschenk unsern herzlichsten Dank. Karl Sackl und Frau.

Dankagung.

Den Kollegen der Holzfabrik Stern und Sabat für das schöne Hochzeitsgeschenk unsern Glückwunsch unsern aufrichtigsten Dank. Georg Elmet und Frau, München.

Dankagung.

Für das schöne Hochzeitsgeschenk von den Kollegen der Ulmer Brauerei-Gesellschaft lagern hiermit den besten Dank. Georg Wagner und Frau.

Unsern Kollegen Wilhelm Landebater nebst Frau zu ihrem Stammballer die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Genossenschaftsbrauerei, Holzheim-Göppingen.

Unsern Kollegen Frz. Lechner und Fräulein Elise Walfner zur Vermählung am 20. Mai die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Schloßbrauerei Graberstatt a. Chiemsee.

Unsern Verbandskollegen Lukas Eggetmair nebst Frau Rosa zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Radbrauerei, Göppingen.

Unsern Kollegen Reinhold Gurt nebst Frau Marie geb. Thula zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Kottbus.

Zur Abreise nach Amerika unsern Kollegen Josef Schmidt ein herzliches Lebewohl und glückliche Reise. J. Grähle, Gg. Ostertag, J. Rutsch, Freiburg i. B.

Herzlichen Glückwunsch unsern Kollegen Hans Stoll nebst Fräulein Käthi zur Vermählung. Die Verbandskollegen der Brauerei Feldkirchen.

Unsern Kollegen C. Albrecht nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Kottbus.

Unsern Kollegen Fritz Wührmann und Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Wilhelmshaven-Nürtingen.

Herzlichste Gratulation nachträglich unsern Kollegen Wilhelm Glaubitz nebst Frau zur Vermählung. Zahlstelle Görlitz.

Unsern Kollegen Max Schwedes, Otto Walter, Julius Schorle, Josef Brann und Josef Wader nebst ihren Gattinnen nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Der aufgelöste Junggesellenverein in Liquidation und sämtliche Verbandskollegen der Brauerei Schrempf in Karlsruhe.

Köln a. Rhein.

Gasthof zum Anker, Joh. Cornel, Obdinus, Thurnmarkt 3-5

hält sich den durchreisenden Brauerei- und Mühlenarbeitern bestens empfohlen. 10 saubere Fremdenzimmer. Billige Preise. Kostenloser Arbeitsnachweis für alle Kategorien.

Durch eigene Fabrikation

Ist es mir möglich für konkurrenzlos billigen Preis nur erstklassige, gleichmäßig gute Ware zu liefern. Sie kaufen direkt von der Fabrik ohne jeden Zwischenhandel die besten wasserdichten Holzschuhe. Neue Modelle geschlossene Lasche Mk. 3.60 mit Leder besohlt, Eisen u. Nägel Mk. 4.50 bei 2 Paar 1/2 bei 3 Paar franco Inland.

Georg Herr, Holzschuh-Fabrik

Frankfurt a. M. Gelnhäusergasse 5. Gegr. 1851.

Überall Vertreter gegen Provision gesucht. Preisliste gratis.

Georg Herr, Holzschuh-Fabrik

Frankfurt a. M. Gelnhäusergasse 5. Gegr. 1851.

Überall Vertreter gegen Provision gesucht. Preisliste gratis.

Georg Herr, Holzschuh-Fabrik

Frankfurt a. M. Gelnhäusergasse 5. Gegr. 1851.

Überall Vertreter gegen Provision gesucht. Preisliste gratis.

Georg Herr, Holzschuh-Fabrik

Frankfurt a. M. Gelnhäusergasse 5. Gegr. 1851.

Überall Vertreter gegen Provision gesucht. Preisliste gratis.

Sonntag, den 19. Mai: Andernach. Vorm. 11 Uhr: bei Wittler, Rheinstr. 11. Bochum. Vorm. 10 Uhr: bei Send, Brückstr. 20. Cöln. 2 1/2 Uhr: „Volkshaus“. Greifeld. 4 Uhr: bei Sebenich, Karlsplatz. Unorganisierte mitbringen. Culm. „Schützenhaus“, am Dammt. Dortmund. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Duisburg. 3 Uhr: bei Marks, Feldstr. 9. Elberfeld, Varren, Nemscheid. 5 Uhr: „Volkshaus“, Elberfeld. Elmshorn. 4 Uhr: „Vereinsloka“. Frankenthal. Vorm. 10 Uhr: bei Cagler, „Zum Walfisch“, Gera. 3 Uhr: bei Michel, Greizergasse. Halberstadt. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Jena. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Reichenhall u. Umg. 2 Uhr: „Gasthaus zum Schmidhaus“ in Freilassing. Referent: Schrems-Regensburg. Stadthagen-Büdeburg. 4 Uhr: „Schaumburger Hof“. Weiskensfeld. Abends 7 Uhr: „Volkshaus“.

Hannover.

Halle allen Kollegen mein Restaurant, der Neuzeit entsprechend eingerichtet, bestens empfohlen. Hans Graf, Schuhstr. 6.

Thomas Bachhuber,

Joseph Schmidt, geboren 3. 3. 88 zu Veitshries, geboren 21. 3. 88 zu Glaru (D. S.).

Himmelsbad,

im Winter 1911/12 in Mannheim. Um die Adressen vorstehender Kollegen ersucht. Albert Grotz, Nischaffenburg, Wollschiffstr. 49.

Friedrich Paul Wildner,

Müller, geboren 5. 9. 77 zu Goltshau, wird um Angabe seiner Adresse ersucht an S. Scndig, Leipzig, Volkshaus, Feiler Str. 32, Zimmer 26.

Brauer-Holzschuhe

Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.

Joh. Harders,

Altona a. Elbe, Adolfsstr. 28. Holzschuhlager u. Pantoffelfabrik.

Die besten wasserdichten Holzschuhe mit Rollschnallen

von 3.75 und 4.50 Mk. per Paar an, erhalten Sie bei Franz Otte, Dortmund, Marktische Str. 38. Seit ca. 40 Jahren Lieferant für Brauer im In- und Auslande.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Garant-Stiefel

f. Brauerei, nass. Wetter usw., absolut wasserdicht. Jed. ohne Defekt im Trag. unbeschädigt. dichtet Paar wird innerhand drei Wochen zurückgenommen. Wie Ausbildung, Verhältniß m. geschloss. Lasche, Drell- oder Filzfutter, in reiner Handarbeit (Gewähr für absolut höchste Haltbarkeit), mit 2 durchgeh. überlebens. wasserfesten Inprägung. Doppelfalten aus geschmeid. Schwanz, gefest. echt. Rindleder Mk. 11,50; aus naturfarb. echt. Rindleder Mk. 12,25; aus schwarz. lackiert. Zuchten-Rindleder Mk. 13,—, in Rohm. genäht (unverwundbar elastisch im Tragen) Mk. 2,— teurer, mit Kattblechbesatz Mk. 3,— teurer, alles pro Paar in Herrengrößen, für Damen 10% für Kinder 20% bill. Als Holzschuh mit 2 Riemen schnall. hint. ohne Kahl, von echt wasserdichtem Rindleder, ohne Futter, 1 Paar Mk. 4,12 franco, 2 Paar Mk. 7,62 franco, 3 Paar Mk. 10,80 franco. Anerkannt das Beste in Material, Arbeit und Passform, am billigsten, da direkt v. Fabrikant sein. Emil Goldberg, Groß-Schönau 14. Sa. (gegr. 1893). Mit Stab, gemess. Zinnenlänge getragenen Schuhs in Zentimet. angeben. Anfertigung, zahlbar oder auch in 5 Tagen. Herr R. M. L. S. am 5. 4. 12. Schuhe sind großartig, passen gut, Nachbestellung folgt. Preisliste, auch über Holzsch., Leder- und Gummischuhen u. Werktagkleidung, kostenlos.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.

Stoffe

direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang! Tüchsausstellung Emil Hohfeldt, Dresden 6.